Privilegirte

Schlesische Zeitung.

№ 63. Breslau, Sonnabend den 15. März 1845.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn. Redacteur: R. Hilscher.

Uebersicht der Nachrichten.

Landtags-Angelegenheiten.

Provinz Schlesien.

Breslau, 10. März. 23ste Plenar-Sitzung vom 6. März. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Landtagsmarschall erfolgte die Vorlesung der Adresse zur 5ten Proposition: betreffend die Vererbpachtung von Lehns- und Fidei-Commißgütern, durch den Direktor des 4ten Ausschusses. Ein Abgeordneter der Städte bemerkte hierbei: daß er in der Adresse die beiden vollgültigen Beschlüsse des Landtages in dieser Angelegenheit vermisse

1) den, welcher beantragt, die neu zu errichtenden Fidei-Commiße unter die Gesetzgebung von 1807 zu stellen,

2) den, welcher die uneigentlichen Lehne bei §. 8 von den Bestimmungen des Gesetzentwurfs ausnimmt,

und beantragt die Aufnahme dieser im beiliegenden Gutachten enthaltenen Beschlüsse in die Adresse selbst, weil dadurch der hohe Gesetzgeber sogleich ermessen werde, welche Ansichten den Landtag im Allgemeinen in dieser wichtigen Sache geleitet haben. Obwohl mehrseitig unterstützt, fand dieser Antrag doch lebhaften Widerspruch, indem sich bei den Landtagen der Gebrauch herausgestellt habe, die Adresse selbst mehr als Begleitschreiben anzusehen, alle wesentlichen Punkte der Berathung aber in das der Adresse beiliegende Gutachten aufzunehmen, welches ein wesentlicher Bestandtheil der Adresse sei, und hier umsomehr Beachtung finden werde, als keine Details in die Adresse selbst aufgenommen und die Landtagsbeschlüsse im Gutachten vollständig enthalten sind.

Der Landtag pflichtete dieser letztern Ansicht durch die überwiegende Annahme der Adresse nebst Gutachten bei, wogegen der oben erwähnte Abgeordnete der Städte eine Verwahrung im Protokoll niederlegte, daß dieser Fall nicht zur Präcedenz für die Zukunft gereichen möge.

Hierauf wurde das Referat über die früher zurückgelegte Petition eines Rittergutsbesitzers Grottkauer Kreises in Betreff der Kriminalkosten wieder aufgenommen.

Diese Petition, dahin gerichtet: die mit der Gerichtsbarkeit verbundene Last der Kriminalkosten auf die Staatskassen zu übernehmen, verursachte die Anheimgabe: ob der Landtag nicht daraus Veranlassung nehmen wolle,

> Allerhöchsten Orts die möglichste Beschleunigung der Revision der Gesetzgebung in Erwägung zu bringen, macht jedoch dabei aufmerksam, daß eine Aenderung wegen der Kriminalkosten nicht füglich eher Platz greifen könne, bis die neue Kriminal-Gesetzgebung selbst emanirt sein wird.

Aus diesem Grunde beschloß der Landtag, der Petition vorläufig keine Folge zu geben.

Es folgte sodann der Vortrag über

2) die Petition eines Freigutsbesitzers zu Seitendorf, Waldenburger Kreises, betreffend die von der dasigen Gemeinde geforderten Handdienste zum Schneeschoren auf der Kunststraße über die sogenannte rothe Höhe.

In Uebereinstimmung mit der Ansicht des Ausschusses sprach der Landtag sich dahin aus:

> die eingereichte Schrift des Antragstellers in Bezug auf ihre Form als eine Petition nicht anzuerkennen.

3) Ein Schreiben des Magistrats zu Greiffenberg an den städtischen Abgeordneten 3ten Wahlbezirks enthält die darin entschieden ausgesprochene Petition

> Allerhöchsten Orts eine Modification der Kabinets-Ordre vom 8. März 1832 über die Verpflichtung zur Wegräumung des Schnees auf den Kunststraßen dahin zu beantragen, daß die Verpflichtung zur Tragung der Kosten für das Wegräumen des Schnees von den Kunststraßen, den Kommunen abgenommen und dem Chaussee-Fiskus übertragen werde.

Diese Petition konnte in der Form eines Privatschreibens nicht als eine solche erkannt werden, wurde aber als Supplement ähnlicher Anträge dem berathenden Ausschuß überwiesen. In Erwägung, daß durch den Landtags-Abschied vom 30. December 1843 diesem Gegenstande unter Hinweisung auf das zu erlassende Wege-Reglement seine Erledigung verheißen worden, eine baldige Abstellung des gefühlten Uebelstandes aber wünschenswerth sei, beschloß der Landtag

> den Inhalt dieser Petition in der Schluß-Adresse unter diejenigen Gegenstände aufzunehmen, welche einer besonderen Beschleunigung empfohlen werden.

Der Central-Ausschuß trug hierauf die Referate über folgende Petitionen vor:

4) der Stadt Cosel wegen Aufhebung der Verpflichtung zur Gewährung des Natural-Quartiers für kommandirte Offiziere.

Der Landtag beschloß auf die in der Petition entwickelten und vom Central-Ausschuß anerkannten Gründe,

> daß Sr. Majestät dem Könige alleruntertänigst anheim gegeben werden möge, in welcher Art dieser, allerdings drückende Uebelstand beseitigt werden könne.

5) eines ritterschaftlichen Abgeordneten Schweidnitzer Wahlbezirks, wegen Herstellung einer Eisenbahn-Verbindung zwischen Breslau und der Ollmütz-Prager und Brünn-Prager Bahn.

Dieser Antrag vom Central-Ausschuß befürwortet, fand dennoch mehrfachen Widerspruch. Es sei nicht angemessen, Kräfte nach einer anderen Richtung und auf ein zweifelhaftes Projekt zu verwenden, während die oberschlesischen Eisenbahnen, ihrer Vollendung nahe, eine schnellere und für die Provinz vortheilhaftere Verbindung mit dem österreichischen Kaiserstaat eröffnen, vielmehr sei es an der Zeit, alle Kräfte diesem letzteren Ziel zuzuwenden. Diese Verbindung werde österreichischer Seits darum verzögert, weil der sächsische Einfluß sich in Wien bezüglich der Eisenbahnen stärker, als der preußische erwiesen. Man wolle erst die Prag-Dresdner Bahn fertig werden lassen, um den Vorsprung für den Handelsweg nach Sachsen zu gewinnen, der einmal angebahnt, sich schwer nach der Verbindung zwischen Schlesien und Böhmen wenden werde. Dagegen wurde die Wichtigkeit einer direkten Bahn-Verbindung von Breslau nach Prag mehrseitig hervorgehoben und von einem städtischen Abgeordneten der Antrag gestellt:

> Seine Majestät den König zu bitten, eine Eisenbahn-Verbindung zwischen Böhmen und Schlesien durch die Grafschaft Glatz an die Bahn zwischen Ollmütz und Prag zu ermöglichen, und zwar zunächst in der Art, daß es Sr. Majestät gefallen möge, die diesfallsigen Vorarbeiten anzuordnen und Ertrags-Quoten zu ermitteln, um dadurch festzustellen, in wie weit und ob der Staat eine Zinsgarantie zu gewähren veranlaßt sein möchte, und andrerseits das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu veranlassen, diejenigen Verhandlungen mit der österreichischen Regierung baldigst aufzunehmen, mittelst welcher traktatmäßig der Anschluß an die Ollmütz-Prager Bahn gesichert werde,

welchem Antrage die Majorität des Landtages beipflichtete.

Das von einem Mitgliede der Ritterschaft gestellte Amendement:

> Sr. Majestät gleichzeitig alleruntertänigst zu bitten, zur schnelleren Ermöglichung der Verbindung der oberschlesischen Bahn mit der Nordbahn eine kräftige Staats-Vermittelung eintreten zu lassen,

wurde durch beschlußfähige Majorität erhoben.

6) Mehrere Petitions-Anträge, das Stempelwesen betreffend, als

a. eines ritterschaftlichen Abgeordneten Schweidnitzer Wahlbezirks auf baldige Umarbeitung des Sampelgesetzes und Vorlegung an die engern Ausschüsse, so wie auf Erlaß einer Allerhöchsten Deklaration wegen Verjährung der Stempelstrafen;

b. des Magistrats und der Stadtverordneten zu Grünberg auf Erlaß eines Stempelpapiers von 2½ Sgr.

wurden vom Landtage zur Befürwortung Allerhöchsten Orts genehmigt.

7) Die Petition eines Rittergutsbesitzers Saganer Kreises, gerichtet auf

a. Vorlegung der Allerhöchsten Proposition vier Wochen vor Eröffnung der Landtage;

b) desgleichen des Finanz-Etats und der Ergebnisse des Staatshaushalts

veranlaßte nur in Bezug auf den ersten Theil eine kurze Debatte, deren Ergebniß der Beschluß war,

> Allerhöchsten Orts um Anordnung zu bitten, daß die königl. Propositionen den Mitgliedern des Landtages möglichst gleichzeitig mit den Einberufungsschreiben mitgetheilt werden.

Dagegen wurde der zweite Theil des Antrages zurückgewiesen.

8) Die Petition des Magistrats zu Oppeln: die Einführung eines allgemeinen Handels- und Wechselrechts für die Zollvereins-Staaten beantragend.

In Erwägung, daß dieser Antray die Befugnisse des Landtags überschreite und die Emanirung des so nöthigen preußischen Wechselrechts verzögern könne, wurde diese Petition zurückgewiesen.

Es erfolgte hierauf der Vortrag des Referats über

9) vier, die Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen betreffende Petitionen, als:

a) der Stadt Friedeberg a. Q. wegen vollständiger Veröffentlichung der Landtagsverhandlungen, mit namentlicher Anführung der Redner;

b) des Abgeordneten für Liegnitz, gleichlautenden Inhalts, um Zulassung von Publicisten und Schnellschreibern;

c) der Wähler der Landgemeinden Neisser Kreises, wegen Oeffentlichkeit der Landtage;

d) der ritterschaftlichen Wähler Neisser Kreises gleichen Inhalts.

Von mehreren Abgeordneten der Städte wurden diese Anträge lebhaft unterstützt. Der Wunsch, das Bedürfniß nach Oeffentlichkeit trete immer lebendiger, durch erneute Motive gehoben, hervor. Die öffentliche Meinung erstarke täglich und sie werde dereinst Anerkennung finden. Nur auf diesem Wege könne der Landtag dem Volke wahrhaft nützlich werden. Der Landtag werde seine Pflicht erfüllen, wenn er die Oeffentlichkeit wiederholt beantrage und des Königs Majestät werde gewiß die Bitte des Volkes erhören, wenn von allen, oder doch von mehreren Landtagen dieselbe ehrfurchtsvoll an den Stufen des Thrones niedergelegt, und das Bedauern über die Abweisung derselben durch den letzten Landtagsabschied ausgedrückt wird.

Ein Mitglied der Ritterschaft erklärte sich gegen jeden allgemeinen und unbestimmten Antrag auf Oeffentlichkeit. Erst müsse man sich klar machen, was man darunter meine: ob durch die öffentlichen Blätter? Diese finde bereits statt. Ob Stenographen? die seien bewilligt. Ob blos die Wähler, oder jedermann zuhören solle? dies sei reiflich zu erwägen.

Der Herr Landtagsmarschall hält eine Erwähnung des Wunsches nach Oeffentlichkeit gegen Se. Majestät für durchaus unnöthig, indem die Petition des 7ten Landtages alles Erfordentliche enthalte. Wenn dieser Wunsch aus höheren Rücksichten für jetzt nicht gewährt worden sei, so erscheine die Erinnerung daran auch in keiner Art angemessen.

Von Seiten des referirenden Ausschusses wurde jedoch hervorgehoben, man könne dem Landtage, wenn er bei solchen Petitionen ganz still schweige, mit Recht den Vorwurf machen, er habe die früher ausgesprochen Wünsche nicht reiflich überlegt. Unter Berücksichtigung des Gesetzes von 1824 und des Allerhöchsten Landtagsabschiedes vom 30. December 1843 könnte allerdings die Petitionserhebung jener Anträge nicht befürwortet werden, doch sei es Pflicht, den sich vielfach kund gebenden, wiederholt ausgesprochenen Wunsch in der Schlußadresse ehrerbietigst anzudeuten.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde die Frage,

> ob der Landtag die vier Petitionen als solche genehmige,

überwiegend verneint.

Die zweite Frage:

ob beantragt werden solle, daß die Wähler den Landtags-Versammlungen beiwohnen dürfen?

wurde ebenfalls verneint.

Die dritte Frage:

soll in der Schluß-Adresse ausgesprochen werden, wie tief der Wunsch nach Oeffentlichkeit in der Provinz gefühlt wird, und daß der Landtag diesen Wunsch nur aus Ehrerbietung für den Allerhöchsten Bescheid vom 30. December 1843 zurückhalte,

wurde mit 62 gegen 20 Stimmen bejahend entschieden.

Zuletzt kam zum Vortrage

10) die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten der Stadt Breslau, daß es nur der einfachen Majorität bedürfe, um eine bei dem hohen Landtage angebrachte Petition als verfassungsmäßig durchgegangen zu sehen.

Der Ausschuß trägt mit einer Majorität von 7 gegen 4 Stimmen darauf an, die Petition nicht zu befürworten. Vor zwei Jahren ist diese Angelegenheit auf dem Landtage ausführlich besprochen worden; die Meinungen der verschiedenen Stände dürften wohl ziemlich dieselben sein als damals. Durch die jetzige Abstimmungsweise leidet keiner der Stände; die Abstimmung über das Fidei-Commiß-Gesetz liefere dafür den besten Beweis. Das Verhältniß der Abstimmung von 43 gegen 40 Stimmen, welches sich überhaupt so oft wiederholt, bezeuge, daß die Meinung in der Provinz häufig sehr getheilt ist.

Für die Petition wurde von mehreren Mitgliedern der Land- und Stadtgemeinen angeführt, es sei ein Widerspruch im Gesetz, daß für Petitionen zwei Drittheile, für Propositionen nur die einfache Majorität erfordert werde. Es könne kein Nachtheil daraus entstehen, wenn einige Petitionen mehr zu den Stufen des Thrones gelangte. Ein Mitglied der Ritterschaft äußerte: Se. Majestät der König habe die Itio in partes bei dieser Gelegenheit mittelst des vorigen Landtags-Abschiedes abgeschlagen. Die weitere Entwickelung des ständischen Instituts sei von dem hohen Ermessen Sr. Majestät abzuwarten. Durch eine Befürwortung der Petition könne das Güte eher gestört als gefördert werden. Ein Vertreter der Städte entgegnete hierauf: eben die Verweigerung der Itio in partes habe insbesondere zur Einreichung der Petition Anlaß gegeben. Bei den gegenwärtig gesetzlichen Bestimmungen sei das Petitionsrecht gefährdet.

Bei der Abstimmung über die Petitions-Annahme erklärten sich

für dieselbe 40,
gegen dieselbe 43 Stimmen.

Die Petition ist demnach verworfen und der Stand der Landgemeinen giebt zu Protokoll, sich einstimmig für dieselbe erklärt zu haben.

Provinz Preußen.

Danzig, 5. März. (Danz. Z.) In der 20sten Plenarsitzung brachten mehrere Abgeordnete zum Vortrage: Es würden so besorgliche Nachrichten über die Noth der ärmeren Volksklassen in der Provinz verbreitet, daß, wenn man gleich keinen Zweifel in die vorsorgliche Thätigkeit der Behörden setzen dürfe, es doch Pflicht des zur Zeit versammelten Landtages sei, von dem Herrn Landtags-Commissarius Mittheilung über die Wahrheit jener Nachrichten und darüber zu erbitten, ob die zur Abhilfe des Nothstandes getroffenen Maßregeln und zu Gebot stehenden Mittel nach der Meinung der Landesbehörden zur Erreichung des Zweckes genügend sein werden. Der Landtag pflichtet dieser Ansicht bei, und ersucht den Herrn Landtags-Marschall, die erforderlichen Schritte im Sinne des Antrages zu machen. Nächstdem werden mehrere eingegangene Petitionen berathen. In einer Petition wird die Emancipation der Schule von der Kirche in der Art gewünscht, daß die Einwirkung des Geistlichen bis zum 12ten Jahre der Schulkinder gänzlich ausgeschlossen bleibe, vom 12ten bis 14ten Jahre aber ausschließlich Religionsunterricht vom Geistlichen ertheilt werde. Der Schulunterricht soll bis zum 12ten Jahre hauptsächlich auf Schärfung der Denkkraft und Hebung des sittlichen Gefühls gerichtet sein. Durch eine solche Ausbildungsweise würde, wie Petent glaubt, die Sittlichkeit und das Pflichtgefühl in den niedern Volksklassen mehr erweckt und gehoben werden, als nach der bisherigen Methode. Der Landtag ist dagegen der Ueberzeugung, daß das kirchlich religiöse Element ohne Gefahr von der Volksschule nicht getrennt werden könne, daß dasselbe vielmehr den Unterricht der Elementarschulen in allen Stadien durchdringen müsse, um Sittlichkeit und Pflichtgefühl der niederen Volksklassen herbeizuführen. Diese Wirkungen seien durch den Schulunterricht, wie er jetzt besteht, erstrebt und auch möglichst erreicht worden. Die Bemühungen der Behörden seien unausgesetzt auf dieses Ziel gerichtet und sei die Erreichung desselben auf dem beschrittenen Wege gewiß viel eher zu verhoffen, als auf dem vom Antragsteller bezeichneten. Die Stände des Kreises Fischhausen wünschen, daß bei Erlaß der Schulordnung die schon früher von ihnen bevorworteten Anträge berücksichtigt werden mögen. Der Landtag beschloß, in der Sr. Majestät dem Könige zu überreichenden Denkschrift die Bitte auszusprechen, daß alle auf das Volksschulwesen sich beziehenden Reglements, deren Entwerfung zur Zeit noch vorbehalten, der ständischen Berathung unterlegt werden möchten. Von einem Seminarlehrer wird dem Landtage ein Werk, betitelt „die Volksschule" überreicht, in welchem das Ideal einer Elementarschule, so wie das eines Elementarlehrers hingestellt und daran die Schlußfolge geknüpft wird, daß die Geistlichen sich nicht zu Schulinspektoren eignen, schon deshalb, weil die amtliche Verpflichtung zur Seelsorge ihnen keine Zeit zu einem anderweitigen Geschäfte übrig lasse, und daß daher die Schulinspektoren aus der Zahl der Lehrer erwählt werden müßten. Dem Landtag drängt sich die Ueberzeugung auf, daß die gemachten Vorschläge mit Rücksicht auf die bestehende Verfassung unausführbar sind, da insbesondere solche Organe, die der Verfasser des erwähnten Werkes zur Beaufsichtigung und Revision der Volksschule ausschließlich als tüchtig und fähig bezeichnet, in so geringer Zahl vorhanden sind, daß der beabsichtigte Zweck in der nächsten Gegenwart gar nicht zu erreichen und für die entferntere Zukunft nur durch Verwendung ganz unverhältnißmäßiger Mittel zu erreichen sein würde.

Provinz Posen.

Posen, 8. März. (Pos. Z.) Unter den Gegenständen, über welche dem siebenten Landtage des Großherzogthums Posen bis zum 28. Februar c. Petitionen übergeben wurden, befinden sich folgende: Errichtung einer Universität und einer agronomischen Schule in Posen; Wiederherstellung des weißen Adlers in das Wappen des Großherzogthums in den Notariats-Siegeln; Einführung der polnischen Sprache als Unterrichtssprache in mehreren Gymnasien; Ausdehnung des Gebrauchs der polnischen Sprache bei den Gerichten, sowie in dem Gymnasium zu Lissa; Aufhebung des der polnischen Landessprache derogirenden Ministerial-Regulativs vom 14. April 1832; zwei Petitionen um Aufhebung der Censur und um freie Presse; Aufhebung der Verordnung vom 29. März 1844 in Betreff des Verfahrens gegen Personen des Richterstandes; Petition um Verfassung und Volksrepräsentation; Oeffentlichkeit im Gesetzverfahren; Beschränkung der Polizei-Behörden in Betreff der Verhaftungen; Abänderung des Gesetzes vom 27. März 1824 dahin, daß der Marschall aus der Mitte der Deputirten Seitens des Landtags gewählt werde; Vermehrung der Landtags-Abgeordneten aus beiden Ständen, und zu den Kreistagen aus dem Stande der Landgemeinden; Oeffentlichkeit bei den Berathungen der Stadtverordneten; Einrückung der Namen der Landtags-Deputirten in den zum Druck bestimmten Landtags-Verhandlungen; Oeffentlichkeit beim Verfahren in Straffachen; Aufhebung der Lotterie; Petition um Emancipation der Juden; Aufhebung der Censur von polnischen Druckschriften, welche in Rußland und Oesterreich die Censur passirt sind; Wiedereinverleibung der nach dem Wiener Traktat zu Westpreußen geschlagenen Kreise. — In der Sitzung vom 19. v. Mts. sollte der Gesetzentwurf, betreffend die Feld-Polizei-Ordnung, zur Berathung kommen. Ehe letztere noch beginnt, stellt ein Abgeordneter die Frage: warum zwei Abgeordnete aus dem Stande der Städte die am 17. Febr. beschlossene Adresse an Se. Maj. nicht vollzogen hätten? Der Marschall erklärt, daß beide, bevor es zum Vollziehen der Adresse kam, sich entfernt hätten, ohne einen Grund angegeben zu haben. Sie erhielten eine Rüge.

Inland.

Berlin, 13. März. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht den Kleidermachern Inkson und Roth in London das Prädikat als Hof-Kleidermacher zu verleihen.

Ihre Majestät die Königin haben den Besitzern der hierselbst unter der Firma: Haller und Rathenow bestehenden Juwelen-, Gold- und Silberwaaren-Handlung den Kaufleuten Benjamin Rathenow und Gebrüdern Philipp und Herrmann Marckwald, das Prädikat als Hof-Lieferanten zu verleihen geruht.

△ Berlin, 12. März. — Se. Majestät und der gesammte Hof wohnten gestern der Benefiz-Darstellung der Dell. Lind bei. Reiche Blumenkränze und ein dreimaliger Vorruf lohnten die bescheidene Künstlerin, die sich an diesem Abend einer Einnahme von 3011 Rtlr. erfreute. — Das nicht unwichtige Thema von der Einheit der Militair-Uniformen in Deutschland soll, da der gegenwärtigen Equipirung des preußischen Soldaten, namentlich in Bezug auf den Helm und den Waffenrock immer mehr Anerkennung geschenkt wird, einer baldigen Erledigung und Annäherung entgegen gehen. — Auch hier hat die Freilassung Jordans (gegen 2000 Rtl. Caution) einen sehr erfreulichen Eindruck gemacht, dem selbst diejenigen sich offen hingeben, die Jordans Gesinnungen nicht theilen. Denn es handelt sich um die theilweise Erledigung eines Falles, der vielleicht unerhört ist in den Annalen des europäischen Criminalgerichtsverfahrens. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit daran, daß, als im Jahre 1840 hier für Jordans Familie gesammelt wurde, sich bei dieser Alle Personen großmüthig und offen betheiligten, die jetzt als einflußreiche Staatsmänner und dirigirende Minister fungiren. — Die heute hier angekommene Augsburger Zeitung bringt in einer Redactionsnote die positive, wichtige Notiz, daß die Oesterreicher im Vorarlbergischen eine Truppenabtheilung postirt hätten, um den etwaigen Ereignissen in der Schweiz die Spitze bieten zu können. Um den mit großer Beharrlichkeit verbreiteten Gerüchten über die Ankunft des Herrn v. Pfuel in Neuchatel und seine angeblich dort getroffenen militärischen Maßregeln zu begegnen, setzen wir folgende Stelle aus dem vor uns liegenden Constitutionnel Neuchatelois hierher: L'arrivée de G. E. M. le géneral de Pfuel à Neuchâtel, que les feuilles radicales ont annoncée, est encore une de ces fausses nouvelles que l'on s'amuse à répandre. Mr. le gouverneur est maintenant à Berlin. Wir haben seit gestern wieder Schneefall und auf dem platten Lande sehr belästigende Schneestürme, welche die Circulation der Eisenbahnen und Posten erschweren.

** Berlin, 11. März. — Die ursprünglich bestimmte Dauer von vier Wochen für die diesjährigen Landtags-Verhandlungen ist seit einigen Tagen verflossen, ohne daß bisher die Verlängerung des Termins für die Berathungen irgend eines Landtags bekannt geworden wäre. Daß darauf angetragen ist, läßt sich, auch abgesehen von einigen darauf bezüglichen und zur öffentlichen Kenntniß gekommenen Anträgen, aus dem faktischen Verhältniß der fortgesetzten Berathungen entnehmen. Für die den Provinzial-Landtagen diesmal vorgelegten Propositionen mochte allerdings die ursprünglich gestattete Dauer von 4 Wochen vollkommen ausreichend erscheinen, nicht so aber in Bezug auf die zahlreichen Petitionen, die gegenüber den frühern Landtagen überreichten in bedeutender Proportion zugenommen haben, wie dies beispielweise aus den Petitionen hervorgeht, die an den vorigen und den diesjährigen brandenburgischen Provinzial-Landtag gerichtet wurden. Im Jahre 1843 waren es bekanntlich nur zehn, von welchen eine bewilligt, zwei abgeschlagen wurden, die übrigen aber theils schon erledigt waren, theils in Erwägung gezogen wurden. An den diesjährigen Landtag der Provinz Brandenburg sollen aber 66 Petitionen angebracht sein. In Bezug auf die Petition um Preßfreiheit hat Dr. Th. Mügge hierselbst eine Denkschrift über die Censurverhältnisse in Preußen drucken lassen und dieselbe den Mitgliedern des 9. Provinzial-Landtags der Mark Brandenburg und der Niederlausitz gewidmet. Es möchte diese Denkschrift in der letzteren Beziehung aber wohl moutarde aprés diner sein. Für die allgemeine Aufklärung und Belehrung dagegen erscheint diese Denkschrift nicht unerheblich zu sein. Was der Regierungsrath Hesse vor 2 Jahren in seinem trefflichen Buche: „Die preuß. Preßgesetzgebung, ihre Vergangenheit und Zukunft" für die mit den Preßzuständen unsers Vaterlands zunächst Betheiligten, die Beamten und Literaten erstrebte, nämlich genaue Kenntniß dieser Zustände und die Angabe der Mittel, um aus der immer unhaltbarer werdenden Sachlage herauszukommen, das leistet die erwähnte Denkschrift zunächst in populärer Darstellung der Verhältnisse mit Bezug auf einen größern Leserkreis; sie geht die Geschichte unserer Censurverhältnisse in gedrängter Uebersicht durch, entwikkelt den Einfluß derselben auf das Volksleben überhaupt, und berücksichtigt dabei in belehrender Weise die neueste Gestaltung dieser Verhältnisse, womit zugleich die Begründung einzelner in der Petition ausgesprochener Reformvorschläge verbunden ist; dahin gehört z. B. die Bitte, daß die Censur von der Verwaltung getrennt und Provinzial-Censurgerichte eingeführt werden, daß die Bestimmung aufgehoben werde, wonach ein Exemplar eines neuen Buches über 20 Bogen 24 Stunden vor der Ausgabe und Versendung der Polizei überliefert werden muß; ferner die Bitte um Aufhebung des Insertionszwanges, um erleichterte Versendung der Zeitungen und aller Tagesblätter und Schriften durch die Post, um Erleichterung der Concessionen zu Zeitschriften und Zeitungen, um Aufhebung der Censurgebühren.

Danzig, 8. März. (Danz. Z.) Ein neues Beispiel religiöser Intoleranz hat sich in unserer Gegend zugetragen. Daselbst lebt seit mehren Jahren ein junges Ehepaar (Kathenleute) in gemischter Ehe; der Mann ist Protestant, die Frau ist katholisch. Vor längerer Zeit will die Frau bei dem katholischen Pfarrer zur Beichte gehn; der Pfarrer aber verweigert die Absolution unter der ausdrücklichen Forderung an die Frau, daß sie zuvor ihren Mann zum Uebertritt zur katholischen Religion bewegen, oder mindestens doch dahin disponiren müsse, daß derselbe die schriftliche Erklärung abgebe, die aus der Ehe bereits vorhandenen, und die etwa noch kommenden Kinder im katholischen Glauben zu erziehen. Da

der junge Ehemann sich hiezu nicht entschließen kann, so wiederholt die Frau bei dem Pfarrer mehre Male ihre Bitte um Ertheilung des Abendmahls, wird aber wie früher, und zuletzt definitiv, abgewiesen. Der Frieden der bis dahin glücklichen Eheleute ist jetzt gestört; die Frau, von geringem Verstande, wie wohl alle Menschen, die auf confessionelle Form ein Gewicht legen, weint, und härmt sich ab, so daß ihr Körper dadurch bereits so angegriffen ist, daß sie nicht mehr ihre Arbeit, wie früher, verrichten kann. Der Mann, der seiner Frau herzlich zugethan ist, lebt im Kummer über den Schmerz seiner Frau, obgleich es ihm dennoch Gewissenssache ist, den Forderungen des gedachten Geistlichen zu widerstehen. — Kein Mensch bezweifelt, daß ein Geistlicher Frieden und Segen in eine Familie bringen kann, aber daß er denselben oft auch zum Fluche wird, lehrt aufs Neue der vorstehende Fall.

Posen, 13. März. (Pos. Z.) In auswärtigen Blättern haben wir unlängst gelesen, daß auch hier in Posen, wie an andern Orten, eine Sammlung für Czerski und die Schneidemühler Gemeinde veranstaltet worden, und eine Summe von 100—150 Thalern an ersteren abgesandt sei. In ähnlicher Art hat dieser Tage eine hiesige Dame in engerm Kreise eine Sammlung für denselben Zweck eingeleitet, welche die, wenn auch nicht erhebliche Summe von 18 Thlrn. eingebracht hat und zu der Protestanten, Katholiken und auch mehrere hiesige Juden beigesteuert haben. Diese Sendung geht jetzt an Hrn. Czerski mit folgendem Begleitschreiben ab: „Hochehrwürdiger Herr! Durchdrungen von dem Allen, was Sie für das Wohl der Menschheit aufbauen, wurde der Wunsch in mir rege, zu diesem großen Baue auch meine Hand reichen, und namentlich Ihrer neu zu erbauenden Kirche eine Altardecke übersenden zu können. Da ich aber unvermögend bin, so konnte ich dies auf keine andere Weise, als durch eine kleine Sammlung bei guten Freunden und Bekannten bewirken. Anbei erfolgt das zusammen Kollektirte im Betrage von 18 Thlrn., wie auch das Verzeichniß derjenigen, die freudigen Herzens beigesteuert haben, begleitet von dem Wunsche: "Gott segne Ihre Unternehmungen".

Jena, 9. März. — Am 2ten und 5ten März sind die ersten Sitzungen des neu errichteten studentischen Ehrengerichts gehalten worden.

Magdeburg, 11. März. Hr. v. Bornstedt ist von Paris kommend hier durch nach Berlin gereist, um daselbst eine bedeutende Rechtsfrage entscheiden zu lassen, die nämlich: ob ein durch den Amnestie-Akt des Königs im Jahre 1840 Betheiligter, durch einen mehr als 10jährigen Aufenthalt im Auslande lebender Preuße seine Unterthanen Rechte verlieren kann. Es wäre zu wünschen, daß Hr. v. Bornstedt über seine Verbannung aus Frankreich, daß jetzt allgemeines Aufsehen macht, eine kurze öffentliche Darlegung erscheinen lassen möchte.

Magdeburg, 12. März. (Magd. Z.) Der General v. Pfuel soll im Auftrage unserer Regierung mit einer politischen Mission nach der Schweiz abgehen. Sobald die Gesundheit des Generals, die in den letzten Tagen etwas gelitten, wieder hergestellt, wird derselbe nach Neuchatel abreisen. Herr v. Pfuel ist bekanntlich Gouverneur von Neuchatel und zugleich Chef des 8ten Preußischen Armee-Corps in Westphalen, einer der humansten und ausgezeichnetsten Oberoffiziere der jetzigen Zeit.

Von der Elbe, 5. März. (Aach. Z.) Im vorigen Jahr erschien eine Schrift, die von der Tagespresse nicht so beachtet scheint, wie sie es verdient: Beiträge zur Kritik des preuß. Steuersystems von Wülfing, Regierungsassessor. (Potsdam.) Der Verf. selbst sagt von seinen kritischen Untersuchungen über das preußische Steuersystem: „das Resultat ist kein erfreuliches, aber deshalb darf es der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Wer sein Vaterland wahrhaft und auf die rechte Weise liebt, sucht die vorhandenen Fehler nicht zu kennen, sondern an das Licht zu ziehen, damit sie erkannt und verbessert werden. Preußen braucht die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen, da es in den meisten seiner Institutionen allen andern Staaten als nachahmungswürdiges Muster vorgehalten werden kann. So auch steht sein Steuersystem keinem der gegenwärtig geltenden nach. Da sie aber sämmtlich noch in der Kindheit und in der ersten Entwickelung begriffen sind, haben auch die preußischen Steuern nicht frei von Mängeln bleiben können." Wülffing giebt zuerst eine Theorie der Besteuerung, wo er als Grundsatz aufstellt: Allgemeinheit der Steuern, also Gleichheit vor dem Gesetz, das Gegentheil der Privilegien und Exemtionen; Gleichförmigkeit der Auflagen, d. h. jeder Unterthan muß seiner Beitragsfähigkeit gemäß herangezogen werden, also gleiche Besteuerung nach der Steuerfähigkeit. Endlich die ganze Steuerlast sei auf aufs reine Einkommen im Volk zu vertheilen. Nach diesen Grundsätzen prüft Wülffing das jetzige Steuersystem. Das Resultat seiner Untersuchungen über die Grundsteuer ist „daß die beiden Besteuerungssätze der Allgemeinheit und der Gleichförmigkeit der Auflagen bei den Grundsteuern im preuß. Staat nicht verwirklicht sind."

Deutschland.

*† Leipzig, 11. März. — Die Versammlungen der preußischen Provinzial-Landstände sind uns von größerer Wichtigkeit, als man gewöhnlich glaubt. Wir wissen recht gut, daß alle Kämpfe für die Entwickelung des politischen Bewußtseins in den kleineren Staaten Deutschlands so lange nicht nachhaltige Folgen haben werden, als Preußen, wie früher im Kampfe gegen das Ausland, so jetzt in dieser innern Entwickelung das Panier des Fortschritts ergriffen hat. Daher sind alle Blicke auf jene Versammlungen gerichtet; daher werden die Verhandlungen, sobald sie über das reinprovinzielle und ständische Interesse hinausgehen, mit großer Aufmerksamkeit verfolgt; daher findet jeder freisinnige Antrag, jede auf weitere Entwickelung der ständischen Verfassung berechnete Petition ein lautes Echo im sächsischen Volke, wie überhaupt im constitutionellen Deutschland. Am interessantesten sind ohne Zweifel die Verhandlungen des rheinischen Landtags, die auch von Ihrer Zeitung mit Recht in größerer Ausführlichkeit, als z. B. die des pommerschen oder brandenburgischen mitgetheilt werden. Die dort ausgesprochenen Ansichten zeugen von hoher politischer Reife und Intelligenz, von fester und klarer Erwägung derjenigen allgemeinen Fragen, welche die übrigen deutschen Kammern so wie die Presse schon öfters einer reiflichen Discussion unterworfen haben. Man möchte sagen, die rheinischen Deputirten sind fertig, durchgebildet und wissen, was sie wollen; sie sind tief durchdrungen von ihrem Berufe, als ächte und würdige Vertreter des Volks auch die Wünsche desselben, wie sie in der Wirklichkeit sich regen, in offener und freimüthiger Sprache darzulegen. Ihnen zur Seite stehen unbedingt die Landtagsdeputirten Preußens; ihre an den König gerichtete Adresse hat überall große Sensation erregt. Von dem schles. Landtage, auf welchen man gerade dieses Mal große Hoffnungen gesetzt hatte, hört man weniger; es ist zu bedauern, daß die Protokolle in so magern Auszügen mitgetheilt werden, daß dem Fernstehenden ein Urtheil unmöglich wird. Nach der Abstimmung über einzelne Petitionen zu urtheilen, scheinen bei Ihnen die einzelnen Stände sich ziemlich schroff gegenüber zu stehen, da die Stimmen bei wichtigen Angelegenheiten fast immer getheilt sind. Daß jedoch in Ihrem Schlesien, wie Einige fürchteten, wegen der religiösen Wirren die politische Entwickelung einiger Maßen in den Hintergrund getreten sei, läßt sich bei der Frische und Regsamkeit, mit welcher sich Ihre Provinz seit dem Jahre 1840 an allen politisch-wichtigen Fragen betheiligt hat, kaum annehmen. — Ich kann meinen Brief nicht schließen, bevor ich nicht noch ein Wort über die Lage unserer religiösen Angelegenheiten mitgetheilt habe. Ungeachtet die Regierung den neuen christ-katholischen Gemeinden oder ihren Vorständen untersagt hat, öffentliche Ankündigungen zu Versammlungen zu erlassen, so ist sie doch bisher in keiner Weise hindernd eingetreten; täglich melden sich neue Mitglieder zur Aufnahme. Unser wackerer Robert Blum widmet alle seine Kraft und Zeit der für ganz Deutschland hochwichtigen Sache. Den drei Gemeinden zu Leipzig, Dresden und Annaberg fehlen vorjetzt noch Geistliche, doch erwartet man mit Bestimmtheit den Uebertritt zweier Priester aus Schlesien. Heute ist ein Brief von Herrn Ronge eingegangen, daß er bald nach dem Osterfeste unser Sachsen besuchen wird.

Hildesheim, 9. März. — Die Hildesheimsche Zeitung veröffentlicht das Glaubensbekenntniß, welches die christ-katholische Gemeinde, die sich daselbst gebildet, angenommen hat. Als Grundlage für das kirchliche Bekenntniß der neuen Gemeinde wird die reine Lehre Jesu Christi, wie sie dieser selbst und seine Apostel gelehrt haben, und wie uns dieselbe in dem Evangelium hinterlassen ist, anerkannt. Sie schließt sich damit den Gemeinden an, welche in Schneidemühl, Leipzig, Breslau, Dresden, Berlin, Elberfeld, Annaberg und anderen Orten schon gebildet worden sind.

Frankfurt a. M., 7. März. (Magd. Z.) Wie man wissen will, soll der Bundesversammlung in den letztern Tagen zur Besprechung der Preß-Angelegenheiten neue Veranlassung gegeben worden sein. Wohl aber mag man auch im Schooße der hohen Versammlung die Ueberzeugung erlangt haben, daß öffentlicher Besprechung von Lebensfragen keine allzu enge Schranke gezogen werden darf.

Aus dem Badischen, 6. März. (Köln. Z.) Mit Vergnügen vernehmen wir, daß unsere Regierung die Spielsäle in Baden während des künftigen Sommers strenge überwachen und namentlich darauf sehen lassen wird, daß weder Studirende noch Beamte an den Spielen Theil nehmen; auch hört man von noch andern Beschränkungen, die dem Pächter Benazet auferlegt werden sollen.

Vom Main, 5. März. (Wes. Z.) Die Schweizer Wirren werden dadurch ihre Lösung erhalten, daß der Jesuitengeneral die Berufung dieses Ordens nach Luzern ablehnt. Es fragt sich nur, ob diese Ablehnung zeitig genug eintreffen wird, um größere Verwickelungen zu vermeiden. Man will behaupten, daß der deutsche Bund und namentlich das achte Armeecorps zu etwaigen Demonstrationen bestimmt werden wird, wenn es klar werden sollte, daß mit der Hinwegräumung der Jesuiten die Sache nicht abgethan wäre. (s. unt. Ital.)

Hannover, 9. März. (H. C.) Allgemein heißt es und wird mit vieler Bestimmtheit behauptet, daß die Kronprinzessin in den vierten Monat ihrer Schwangerschaft eingetreten sei; sie empfängt täglich den Besuch des Königs. Ferner wird viel davon gesprochen, daß die letzte Augenkrankheit des Kronprinzen eine Krisis herbeigeführt habe, welche den Aerzten den Muth gebe, eine neue Operation zu versuchen.

Oesterreich.

Wien, 5. März. — Sicherem Vernehmen nach ist in den letzten Tagen aus Rom bei unserer Regierung eine dringende Vorstellung in Bezug der kirchlichen Ereignisse in Deutschland eingetroffen.

†† Pesth, 10. März. — Wie durch ganz Europa, so ist der Schneefall auch in unserem Lande seit Anfang Februar so stark und mit so heftigen Stürmen verbunden, daß die Wege und Straßen so verweht sind, daß kaum darauf fortzukommen ist. Man berichtet aus mehreren Gegenden des Landes, daß der Schnee an vielen Stellen mehr als klafterhoch liege, und daß zwischen mehreren Ortschaften im Gebirge alle Communication abgeschnitten sei. In der Marmarosch (unserm nördlichsten Comitate) und in Siebenbürgen sind die Schneemassen kolossal; auch treiben dort die Wölfe ihr grausames Spiel, indem sie in Rudeln in die Gehöfte dringen und schon eine Menge Pferde und Schafe gewürgt haben. Wie es bei plötzlich eintretendem und heftigem Thauwetter werden soll, das wagt man kaum sich vorzustellen. Hier in Pesth taucht die Erinnerung von dem Eisgange 1838 lebhaft auf, welcher am Josephi-Markte stattfand, und so unsägliche Verwüstungen anrichtete. — Bis jetzt sind die Zufuhren zu diesem Markte noch nicht so zahlreich, wie es sonst der Fall zu sein pflegt, indeß werden sie nicht ausbleiben, denn es arbeitet sich ja unser Fuhrwerk durch die sumpfigen und grundlosen Wege, wird sich also auch durch den Schnee Bahn brechen. Einigemal hat sich das Wetter schon im Thauen versucht, ist aber damit nicht zu Stande gekommen und immer wieder in Kälte umgeschlagen. Das Donau-Eis ist sehr dick, und wenn es von der Sonne auf seiner Oberfläche etwas porös wird, so dauert dies nicht lange, weil es die wiederkehrende Kälte immer wieder aufs neue hart macht. — In ausländischen Fabrikaten fürchtet man für diesen Markt einen Rückschlag im Absatze, weil der Verein für inländische Fabrikate ein Stocken im Detailhandel hervorgebracht hat, welches sich im Handel en gros wohl fühlbar machen wird. Das kann denn auch seine Rückwirkung auf den Absatz unsrer Landesprodukte nicht verfehlen. Am günstigsten steht die Conjunctur für Wolle, Rauchwaaren und Lederwerk. Von ersterer verspricht man sich dies Jahr keine reiche Schur, weil die Sterblichkeit in den Schäfereien groß ist und weil die Futtervorräthe so knapp sind, daß sich viele Grundbesitzer mit ihren Heerden schon in großer Noth befinden, indem sie sonst um die gegenwärtige Zeit schon weiden lassen können. — So sehr man von römisch-katholischer Seite bemüht ist, alles zu unterdrücken, was auf die in Deutschland erstehende apostolisch-katholische Gemeinde Bezug hat, so finden doch eine Menge hierauf bezüglicher Broschüren ihren Weg zu uns und werden um so mehr Begierde gelesen, als sie eine verbotene Frucht sind. Die Grundsätze und das Glaubensbekenntniß dieser Gemeinde sind von der Art, daß sie den Charakter und das Gemüth des Ungarn ganz besonders ansprechen, und deshalb ist zu erwarten, daß, wenn nur ein einziger katholischer Priester oder Laie aufträte und sie öffentlich bekennte, augenblicklich Tausende ihm zufallen würden.

Frankreich.

Paris, 7. März. — Die gestrige Sitzung der Pairskammer ist sehr stürmisch geworden, weil sie in persönliche Angriffe ausartete. Der Moniteur parisien be-

richtete schon gestern Abend folgendermaßen darüber: „Während der heutigen Sitzung hatten die Herren Boissy, General Colbert und General Gourgaud einen warmen Wortwechsel gehabt. Als die Kammer auseinanderging, bat der Kanzler, Herzog Pasquier, die Herren v. Boissy und General Colbert in sein Kabinet zu treten und veranlaßte die beiden Pairs in Gegenwart des Marschall Valée und des Herrn Franc-Carré, ersten Präsidenten des Gerichtshofes von Rouen, zu erklären, daß keiner von ihnen die Ehre des andern habe beleidigen wollen. — Eine ähnliche Erklärung fand zwischen Herrn von Boissy und dem General Gourgaud statt.

Im Beginn der heutigen Sitzung der Pairskammer sprach der Präsident: Bevor die Discussion beginnt, fühle ich das Bedürfniß, über den gestrigen Incidenzpunkt einige Worte an die Kammer zn richten. Er habe, sagt er, den Marschall Valée, Hrn. Franck-Carré u. a., so wie die HH. v. Boissy und General Colbert in sein Kabinet beschieden, hier habe man sich gegenseitig erklärt und nach dem Geständniß beider Parteien habe keiner den andern verletzen wollen. Er empfehle daher den Mitgliedern der Kammer von Neuem, sich ja in den Schranken eines weisen Rückhaltes zu bewegen. Der Anstand zieme vor Allem dieser Kammer, worin sie viele Berühmtheiten, so viele Männer säßen, die ausgezeichnet durch ihre Dienste, die sie dem Staate geleistet. (Vgl. d. Erklär. des Mon. u. das Privatschr.)

** Paris, 8. März. — Die Pairskammer nahm gestern den Gesetzvorschlag hinsichtlich der geheimen Polizeigelder mit 111 gegen 44 Stimmen an. Die Sitzung verlief ganz ruhig; auch hatte der Präsident gleich zu Anfange der Kammer derb die Wahrheit gesagt, daß sie vorgestern ihre Haltung verloren habe, und hinzugefügt, daß sich alle Mitglieder an die Gesetze der Ordnung und guten Erziehung halten möchten. Ueber die vorgestrigen Vorgänge theile ich Ihnen Folgendes mit: Salvandy hielt eine Rede, die Politik des Ministeriums vom 29. Octbr. zu vertheidigen; Molé fand sich durch einige Stellen des Vortrags beleidigt und nahm daraus Anlaß, im höchsten Grade persönlich zu werden; es war ein parlamentarischer Scandal, wie er in der sonst so gemäßigten Pairskammer noch nicht vorgekommen. Auch zwischen dem Marquis Boissy und den Generalen Colbert und Gourgaud fielen „harte Worte", die zu einem Duell führen mochten. Nach der Sitzung ließ der Präsident, Kanzler Pasquier, die Hrn. Pairs zu sich kommen und machte in Beisein des Marschalls Vallee den Vermittler; man entschuldigte sich gegenseitig und so war die Sache friedlich abgethan. So viel bleibt aber fest: die vorgestrige Sitzung der Pairskamwar ein Kreuzfeuer von Personalitäten.

Spanien.

Paris. (A. Z.) Wir erhalten von guter Hand einen Brief aus Bayonne, demzufolge von einem Tag zum andern der Ausbruch eines carlistischen Aufstandes in den Nordprovinzen zu gewärtigen steht. Bergara, Onnata und Pamplona werden als die Orte bezeichnet, welche auf ein gegebenes Zeichen gleichzeitig die Fahne Karl V. aufpflanzen sollen. Der bekannte General Villareal, sagt man, wird bei dieser Empörung eine Hauptrolle spielen. Die in Vitoria entdeckte Verschwörung scheint mit dem karlistischen Aufruhrplan in Zusammenhang gestanden zu haben. — Das carlistische Centralcomité hat seinen Sitz in Toulouse aufgeschlagen, von wo aus die ganze Bewegung im Einverständniß mit Bourges geleitet wird. Tristany, der sich seit Monaten im Hochlande von Catalonien umhertreibt, soll dort mit so großem Erfolg für den Prätendenten geworben haben, daß er jeden Augenblick mit einer ansehnlichen Truppenmacht ins Feld rücken kann. Auch die Soldatenmeuterei in Valencia ist offenbar nicht frei gewesen von dem Einflusse der absolutistischen Partei, deren Wünsche und Hoffnungen bei dieser Gelegenheit — seit mehrern Jahren zum erstenmal — durch das Geschrei viva la reyna neta! öffentlich zum Verschein gekommen sind.

Großbritannien.

London, 5. März. — Die Times enthalten eine Statistik des Handels und der Schifffahrt, welche vor einigen Tagen dem Parlament vorgelegt worden, nnd woraus wir nachstehende, für's Ausland nicht uninteressante Zahlen anführen: Eingeführt wurden 1844 1,000,305 Quarters, 1843 940,120 Quarters Waizen. Der Zoll von 823,271 Quarters in 1844 betrug 674,861 Lstr. In 1843 betrug die Zoll-Einnahme 70,535 Lstr. weniger, woraus zu ersehen ist, daß die Getreide-Zollgesetze, wie sie jetzt existiren, äußerst vortheilhaft für den Staatsschatz sich ausführen lassen. Ferner war die Einfuhr in 1844: vom Gerste 1,021,987 Quarter, wovon der Zoll 204,806 Lstr. betrug, von Hafer 302,091 Quarter, wovon der Zoll 77,910 Lstr. betrug. In 1844 betrug der Werth der Total-Ausfuhr der englischen und irländischen Producte und Manufacturwaaren 50,615,265 Lstr., in 1843 nur 44,812,020 Lstr. Die Gesammtzahl der Schiffe, die im ausländischen Handel verwendet wurden und in englischen Häfen einliefen betrug 1844: 21,929, mit einem Gehalte von 4,231,334 Tonnen, während die Zahl der ausgelaufenen 21,042 mit 3,680,066 Tonnen Gehalt betrug.

Schweiz.

Aus der Schweiz. (Rh. B.) In Deutschland, wie vielleicht in dem ganzen übrigen Europa, hat man keinen Begriff von der außergewöhnlichen Aufregung, die in Betreff der Jesuiten unter uns gegenwärtig herrscht. Bei andern Fragen gab es immer eine mehr oder weniger vermittelnde Partei, einen neutralen Boden, auf dem die Meinungen sich zu begegnen und zu verständigen vermochten. Davon aber ist jetzt keine Spur, und wenn auch Baselstadt, St. Gallen, Neuenburg und Genf, durch die Instructionen ihrer gesetzgebenden großen Räthe gebunden, sich das Ansehen geben, als wollten sie weder für noch gegen die Jesuiten sprechen, so entnimmt man doch selbst aus ihren Voten, daß sie, mit strenger, vernunftgemäßer Verwahrung der Kantonal-Souveränität des Standes Luzern, diesen auf das ernstlichste auffordern, seine Berufung der Jesuiten zurück zu nehmen und durch diese Zurücknahme die beispiellose Aufregung, welche von Tag zu Tag eindringlicher und drohender wird, auf die einfachste, auf eine gesund-politische Weise zu beschwichtigen. Ich habe mir die Mühe genommen, die Summen der Unterschriften für und gegen den Jesuitismus zusammen zu rechnen. Die der ersten, größtentheils aus Luzern, Freiburg, Wallis, Aargau, St. Gallen, den kleinen Kantonen, Solothurn, Bern, Tessin beläuft sich auf 48,800 (in runder Zahl), und die der letzten aus Waadt, Genf, Bern, Neuenburg, Solothurn, Basel, Luzern, Glarus, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin rc. übersteigt bereits 95,000. Es bietet sich also für die letzten das Doppelte der ersten. Würde nun in demselben Sinne auf der Tagsatzung abgestimmt, so ist es keinem Zweifel unterworfen, daß die zwei Drittel der Boten für die Ausweisung sein müßten. In Wirklichkeit aber ist es höchstens die Hälfte. Aus den Voten ergeben nämlich sich für die Beseitigung der Jesuiten aus der ganzen Schweiz 10 ganze und 2 halbe Stimmen, gegen dieselbe 7½ Stimmen, und für Aufforderung des Standes Luzern zu Nichtaufnahme des Ordens 3½ Stimmen, im Ganzen 22 Stimmen.

Italien.

Neapel, 17. Febr. (A. Z.) Aus Monteleone in Calabrien und aus Salcito (Provinz Molise) laufen Berichte über Erderschütterungen ein. — Aus Rom strömt jetzt Alles nach Neapel, wo der Winter auf nicht mehr erwartete Weise mit 4 bis 6 Grad Wärme sehr empfindliche Neckereien verursacht. — Ungeachtet der russischen Unterthanen auferlegten Reisehemmnisse finden sich sehr viele reiche Russen in Italien auf der Wanderschaft. Zu den früher ungekannten Erscheinungen im südlichen Italien gehören seit ungefähr 2 Jahren deutsche Studenten; dieselben präpariren sich das Sommersemester hindurch auf ihre italienische Reise, ziehen im September über die Alpen, bleiben den Winter über in Italien hängen, und schimpfen im dritten Semester nach Verlust von Zeit und Geld, im deutschen Vaterlande auf Italien. Der Name Charles Dickens leuchtet uns aus der langen Fremdenliste sehr erfreulich entgegen: er will Sicilien nnd Malta besuchen.

Turin, 2. März. (A. Z.) Aus Rom hier eingegangenen Berichten zufolge, hat der König von Neapel vor kurzem ein Schreiben von der Königin Marie Christine erhalten, worin diese den Wunsch äußert, daß der Prinz de Paula Graf von Trapani sich nach Madrid begebe, um in der spanischen Residenzstadt einen bleibenden Aufenthalt zu nehmen, indem der Augenblick zur Entscheidung der Vermählungsfrage der Königin Isabella sich nähere, und die Anwesenheit des Grafen bei dieser Gelegenheit zu wünschen wäre. Die unerwartete Mission des Hrn. Rossi nach Rom scheint dort als ein Beweis einer minder guten Stimmung des französischen Hofs gegen den päpstlichen Stuhl angesehen zu werden.

Von der italienischen Grenze, 24. Februar. Nach Briefen aus Rom hat der Orden der Gesellschaft Jesu auf den Wunsch des heil. Stuhles den Entschluß gefaßt, der Berufung nach Luzern vor der Hand keine Folge zu geben. Die Ablehnung soll übrigens nur unter gewissen Vorbehalten geschehen sein. — In der Romagna finden fortwährend neue Verhaftungen statt, demungeachtet entwickelt die Partei des Umsturzes auf allen Seiten eine ungemeine Thätigkeit, und es ist kein Zweifel, daß es in diesem Frühjahr oder Sommer auf irgend einen Handstreich abgesehen ist. Die permanente Untersuchungs-Commission in Bologna wird, wie es heißt, beträchtlich vermehrt werden, da gegenwärtig die Thätigkeit derselben zu gleicher Zeit an verschiedenen Orten in Anspruch genommen wird.

Osmanisches Reich.

Kairo, 4. Febr. (A. Z.) Ibrahim ist nach Damiette, angeblich um seine Reisgeschäfte daselbst nachzusehen, im Grunde aber mit der Mission, der täglich mehr überhand nehmenden Auswanderung der Fellahs, namentlich aus der Provinz Scherkiyeh Schranken zu setzen. Der Wahnsinn, unter dem Mehemed Ali schon seit längerer Zeit laborirt, soll durch jene so rasch überhand genommene Auswanderung einen Hauptanstoß erhalten haben; 1500 Fellahs sollen neulich auf einmal aufgebrochen sein.

Smyrna, 9. Februar. (A. Z.) Syrien, wo nach den türkischen Blättern die vollkommenste Ruhe herrscht, steht abermals in Flammen. Hundert Mann Drusen haben die Waffen ergriffen und sind nach Moctara, 1½ Stunden von Deir el Kamar, vorgerückt. Man erwartet jeden Augenblick einen Zusammenstoß. Angesichts dieser ernsten Ereignisse ist Essad Pascha unthätig. Seit einer Woche haben wir heftige Erdbeben und Stürme. Tahir, Pascha von Jerusalem, ist durch den Ungestüm des Meeres so sehr in Schrecken gesetzt worden, daß ihn ein Schlagfluß befiel, und er, um ärztliche Hülfe zu erlangen, in das französische Consulat gebracht werden mußte.

Miscellen.

* Indem hiermit der Druckfehler berichtigt wird, welcher sich in der Mittheilung über die französische Uebersetzung des Rongeschen Briefs (Paris bei Delay) in Nr. 57 dies. Ztg. befindet, wo statt „Statue der Diana" „Natur rc." steht, folge hier noch der interessante Aufruf, welcher den Schluß der kleinen Broschüre bildet. Nachdem der Verfasser über den Eindruck berichtet, den das Rongesche Schreiben in Deutschland gemacht und bemerkt hat, daß wie im Jahre 1512 die Ausstellung des heil. Rocks in Trier mit den Anstoß zur Reformation gegeben, so es auch jetzt, im Jahre 1844, der Fall gewesen, und also die Wallfahrten nach Trier ein ganz anderes Resultat hervorgebracht haben, als die Urheber derselben beabsichtigt hatten, schließt er wie folgt: „Und wir, Franzosen, haben wir nicht eben so viele Ursachen als die Deutschen, den Aufruf des Priesters Johannes Ronge zu beachten? Indem Gregor XVI. im Jahre 1843 den Altar, auf welchem sich der heil. Rock in Argenteuil befindet, zu einem privilegirten erhoben hat, und für denselben, wie für den in Trier, bereits eine Brüderschaft, eine besondere Andachtsübung (culte) und Wallfahrten bestehen, wollte der Papst auch unter uns, wie in Deutschland, das Vertrauen auf Reliquien von neuem anregen.

** (O Marbach's wöchentlicher Literatur und Kunstbericht, Leipzig 1845.) — Diese sehr wohlfeile und nützliche Zeitschrift, (sie kostet nur 15 Sgr. vierteljährlich) hat bereits in ihrem ersten Jahrgange ein beifallswerthes Prinzip verfolgt, das in dem begonnenen zweiten, wie das Programm verspricht, mit noch größerer Entschiedenheit beachtet werden soll. Sie bringt nämlich Besprechungen aller in irgend einer Rücksicht bedeutenden literarischen und künstlerischen Erscheinungen, aber auch nur von solchen, mit Uebergehung des zahlreichen unwesentlichen Ballastes der Literatur. Außerdem aber, da auch das an sich gering Erscheinende, das keine allgemeine Bedeutung hat, dieselbe für spezielle Zwecke gar wohl in Anspruch nehmen kann, liefert sie ein vollständiges Verzeichniß aller literarischen Novitäten, nach den Titeln, Verlegern und Preisen. Hierdurch wird ein doppelter Zweck von dem einsichtigen Redakteur gefördert; einmal der Antheil des Publikums an der Literatur angeregt, und vor einer bedenklichen Apathie geschützt, dann aber dem Scheinverdienste, das bisher in den Journalen durch vielfache Intriguen Lob und einen gewissen Glanz sich zum Schaden des bescheidenen wahren Werthes zu erwerben wußte, kräftig entgegengearbeitet Marbach hat darin völlig Recht, daß Lüge, Eitelkeit und Dummheit nur allzuoft durch prunkende Titel und geschickte Anpreisungen sich eine momentane Bedeutung erwerben, und, wenn dann auch das Publikum bald enttäuscht wird, doch dazu beigetragen haben, seine Achtung vor dem literarischen Treiben überhaupt zu schmälern. Er bittet alle besonnenen Literaturfreunde, Schriftsteller, Redacteure und Buchhändler ihm beizustehen, und verdient deren Beistand. —

Du lieber Gott! was für würdige Leute haben doch das Unglück, im Gefängnisse schmachten zu müssen! Da wurde in Schlesien ein Mann eingesperrt, dem man wirklich Ehrendenkmäler errichten sollte. Man höre nur. Ein „Chemiker" ist durch mehrjähriges Experimentiren und Forschen in den Besitz bis jetzt noch ganz unbekannter Wissenschaft gelangt. Es muß wahr sein, denn er selbst sagt es. Eben als er mit seinen Erfindungen öffentlich auftreten wollte, setzte man ihn fest. Um wieder frei zu werden, braucht er nicht mehr als armselige 2000 Rtlr., und um diese geht er nun Menschenfreunde (in der Deutschen Allg. Zeitung) an. Und

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 63 der privilegirten Schlesischen Zeitung.

Sonnabend den 15. März 1845.

(Fortsetzung.)

welche Dankbarkeit! Er will die Summe nach Ablauf eines Jahres dem darleihenden Menschenfreunde mit 20 pCt. Zinsen zurückstellen, ihm obendrein 2000 Rtlr. zuschenken, und zwei in seinen Händen sich befindende Contracte über 10,000 und 100,000 Rtlr. als Sicherheit verpfänden. Er bietet ferner dem Darleiher Compagnonschaft bei einer chemischen Fabrik an, bei welcher durch ein Anlage-Kapital von 5000 Rtlr. nicht weniger als 15,000 Rtlr. jährlich verdient werden. Kein Zweifel, denn der gefangene Chemiker hat es, wie er versichert, in seiner Kunst dahin gebracht, den Centner Kupfer zu 20 Rtlr. aus Eisen herzustellen. Aber das ist noch nicht Alles; er will dem 2000 Rtl. Vorschießenden auch noch viele ihm bekannte chemische Geheimnisse, „bestehend in Natur-Reproduktionen, als z. B. Umwandlung geringerer Metalle und Steine in höhere", enthüllen. Auch ist er in Besitz einer Goldtinktur, die, nach Aussage der Alten, jede scheinbar jetzt incurable Krankheit heißt. An diesen Wundermann kann man sich wenden in Gabitz bei Breslau. Er könnte uns unser Eisenbahnnetz fertig bauen! Wer wird ihn erlösen?

In Deutschland zählt man jetzt an 700 Mäßigkeitsvereine.

Am 7. Morgens hatte man in Nürnberg eine Kälte von 16°. An demselbrn Tage hatte sich bei Mainz abermals das Rheineis gestellt. Man hatte keine Nachrichten darüber, daß der Rhein so spät noch einmal zugefroren wäre. — Aus Kampen (Holland) wird Folgendes vom 5. März gemeldet: Die diesjährige Kälte hat in unserer Nachbarschaft drei Opfer gefordert. In Ysselmuiden, wo die Diakonie keine Fonds hat, sind Hunderte eine Beute des Hungers und der Kälte. Einem glaubwürdigen Bericht zufolge sind in Wapenvelde (Gemeinde Hattem) drei Kinder vor Kälte umgekommen und in Wyhe zwei alte Leute, die weder Nahrung noch Heilungsmittel hatten, mit genauer Noth vom Tode gerettet worden. Auch in Herzogenbusch ist die Noth sehr groß. — In Paris hatte man am 6. die dort um diese Zeit unerhörte Kälte von 9°. In dem Lande benutzt man den Schnee zu Wolfsjagden. Bei Montmedy wurden bei einer solchen 20 Wölfe geschossen. Die Nachrichten aus Süd-Frankreich melden, daß die Kälte den Oelbäumen nicht geschadet hat, dagegen fürchtet man überall für den Wein. Aus Gap meldet man, daß dort der Schnee 15 Fuß hoch gefallen ist. Ein Reisender bekam von einem Wirthe einen Paß mit der Bemerkung visirt, „weil wegen des hohen Schnees nicht zur Wohnung des Maire zu gelangen ist." — Aus Genua meldet man, daß dort nach einem heftigen Winter am 27. Februar Thauwetter mit 23° Wärme eingetreten sei.

Paris. Eiu Spaßvogel zu Tarbes hatte das Gerücht verbreitet, daß eiu Engländer, welcher wegen eines Diebstahls von 30 Millionen zum Tode verurtheilt worden sei, von seinen Richtern die Erlaubniß erhalten habe, einen Andern an seiner Statt aufhängen lassen zu dürfen. Der Verurtheite sollte 7 Millionen an 7 Personen angeboten haben, unter der Bedingung, daß sie loosen und Einer von ihnen, welchen das Loos treffe, den Galgentod sterben müsse. Von der ganzen Umgegend kamen nun Menschen nach Tarbes, um Pässe zu holen, schnurstracks nach England zu reisen nnd da an dem Loosen Theil zu nehmen. Die Präfektur-Beamten hatren alle Mühe, um die Leule von dem Unsinn abzubringen.

In Rouen ist so eben wieder ein Vergiftungsprozeß entschieden worden. Ein gortiger Apotheker Loursel war, und zwar von seiner sterbenden Magd, angeklagt worden, daß er seine kurz vorher gestorbene Frau und sie selbst vergiftet habe. Die Leichen wurden untersucht und, wie der Bericht sagt, die Spur des Gifts vorgefunden, dennoch wurde der Apotheker freigesprochen. Die Verhandlungen waren überaus zahlreich, besonders von Damen, besucht.

London. Man rechnet, daß das hier zu errichtende Krankenhaus für arme Deutsche etwa 5000 Lstr. kosten würde; und hierzu hat der König von Preußen 300 Lstr. der Kaiser von Rußland 100 Lstr., der König von Sachsen 50 Lstr., der König von Würtemberg 20 Lstr., dec preußische Gesandte 100 Lstr., der General-Consul 50 Lstr., Hr. Huth 200 Lstr., HH. Schwabe und Preller und der Fürst Pückler-Muskau jeder 50 Lstr. subscribirt. Dann der König vou Preußen, die HH. Huth und Preller, jeder 1000 Lstr. ohne Zinsen dargeliehen. Zur Bestreitung der jährlichen Kosten von etwa 1500 Lstr. haben zwar der König von Preußen abermals 100 Lstr. zugesagt, die Königinnen Victoria und Adelheid, der Prinz Albert, der Herzog von Cambridge, der Fürst von Biron Curland, der Ritter Bunsen und viele andere vornehme und reiche Personen, in London sowohl als in andern englischen Städten und auch in Deutschland Beiträge versprochen; doch kann die ganze beträchtliche Summe, die nöthig ist, nicht beigeschafft werden, wenn nicht mehr und zwar größere Beiträge aus dem Vaterlande zu erwarten sind.

Schlesischer Nouvellen-Courier.

Schlesische Communal-Angelegenheiten.

Breslau, 13. März. — (Etat für die Kirchkasse zu St. Elisabeth.) Aus diesem Etat, welchen die Prüfungs-Commission begutachtet und die Versammlung der Stadtverordneten bewilligt, wollen wir einige Hauptpunkte der Ausgabe und Einnahme mittheilen. Die ganze Einnahme beträgt 10,112 Rthlr. 18 Sgr. 11 Pf. und eben so viel die Ausgabe. Die Einnahmen bestehen:

	Rtl.	Sgr.	Pf.
1) Aus Zinsen von Kapitalien, welche dem Kirchen-Aerario angehören	1304	19	11
2) Aus Zinsen, welche zu Stiftspredigten und andern Zwecken bestimmt sind	724	20	—
3) Aus wiederkäuflichen Zinsen . .	253	23	2
4) Miethszinsen	129	—	—
5) Standgeld für Aufbewahrung der Mittels-Leichentücher	10	18	—
6) Zuschreibegebühren erblicher Kirchstellen	6	—	—
7) Kirchstellengelder	380	—	—
8) Kaufgelder für Erbbegräbnisse .	480	—	—
9) Stolgebühren	4100	—	—
10) Leichenwagengelder	120	—	—
11) Concessionsgebühren für Haustaufen	36	—	—
12) Concessionsgeb. für Haustrauungen	60	—	—
Summa	7604	21	1
13) An Zuschuß aus der Kämmerei .	2507	27	10
Summa	10112	18	11

Die Ausgaben bestehen in Gehalten, Legaten u. s. w. An dieser Kirche fungiren 1 Pastor, 1 Senior, 1 Sub-Senior und 3 Diaconen, welche zusammen an Gehalt beziehen 4039 Rthlr. Rechnen wir dazu die Legate, welche nicht aus der Kirchkasse bezahlt werden, die Wohnungsmiethe und Entschädigung für sonst geliefertes Holz, Roggen, Klingelbeutel-Einnahme-Gratialen u. s. w. mit Ausschluß der Beichtgelder und anderer Neben-Accidentien, so steigt die Summe von 4039 Rthlr. auf 5162 Rthlr.; doch sind die Einkünfte dieser Beamten sehr ungleichmäßig repartirt. Es gehören ferner zur Kirche, oder sind sonst dabei beschäftigt: 1 Rektor, 1 Ober-Organist, 1 Organist, 1 Signator, 1 Sub-Signator, 8 Choristen und Discantisten, 9 Adjuvanten (die Sänger aus den Freischülern des Gymnasiums erhalten 128 Rthlr.), 1 Kirchenschaffner, 1 Rendant, 1 Kirchendiener, 3 Calcanten, 4 Glockenläuter, 1 Thurmwächter, 3 Kirchhofwächter, wodurch die Gehaltsumme obiger 4039 Rthlr. auf 7642 Rthlr. steigt. Außer den Gehalten beziehen die eben Genannten noch anderweitige Nebeneinkünfte, welche in Summe die Höhe von circa 4000 Rthlr. betragen.

Am Besten stehen sich wohl die Todtengräber, nicht bloß an der Elisabeth-, sondern auch an andern großen Kirchen, denn mehrere haben eine Einnahme von 7, 8 bis 900 Rthlr. und darüber, nach eigener Angabe. In Betreff der Stoltaxen sind die bisher gemachten Erfahrungen vom Magistrat zusammengestellt, damit die bereits aus Geistlichen und den Vorstehern aller betheiligten Kirchen gebildete Commission, zweckmäßige Abänderungen vornehmen kann. Es ist auch schon eine Zusammenstellung der nach der älteren und neuen Stolgebühren-Einrichtung aufgekommenen Erträge vorgenommen, doch sollen die jetzigen Einnahmen mit Rücksicht auf die übernommenen Entschädigungs-Fixa den früheren nicht gleichkommen. Der Magistrat will, sobald diese Revisionsarbeiten vollendet sind, der Versammlung die einzuführenden Abänderungen mittheilen. Die vergleichende Zusammenstellung der bei dieser Kirche seit Einführung der neuen Stola-Tax-Ordnung vom 13. November 1840 auf Grund derselben bis ultimo December 1843 von Taufen, Trauungen, Begräbnissen 2c. etatsmäßig geleisteten Stolgebühren-Entschädigungs-Fixa ist folgende:

	1841		1842		1843	
	Rtl.	Sgr.	Rtl.	Sgr.	Rtl.	Sgr.
Taufgebühren 1. Klasse	14	—	44	—	20	—
" 2. "	57	—	109	—	109	—
" 3. "	85	20	197	20	183	—
Ueberzählige Taufzeugen	36	15	44	15	48	15
Haustaufen	24	—	36	—	—	—
	217	5	430	5	360	15
Aufgebote u. Trauungen 1., 2. 3. Kl. u. Haustrauungen . . .	453	10	932	$27\frac{1}{2}$	869	20
Kirchliche Atteste u. Stempelgebühren . . .	106	15	259	5	203	25
Begräbnisse 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7. Klasse .	1172	14	3046	$20\frac{2}{3}$	2621	$14\frac{1}{2}$
Summa	1949	14	4669	$18\frac{1}{6}$	4055	$14\frac{1}{3}$

Jährlich durchschnittlich 4269 Rtl. 24 Sgr. 7 Pf.

Jährliche Ausgaben:

	Rtl.	Sgr.	Rtl.	Sgr.	Rtl.	Sgr.
Den Geistlichen u. Kirchenbedienten . .	1508	$\frac{11}{12}$	3016	$3\frac{5}{12}$	3016	$3\frac{5}{12}$
Der Kirchkasse zu St. Bernhardin . .	96	$3\frac{5}{6}$	192	$7\frac{7}{12}$	192	$7\frac{7}{12}$
Summa	1604	$4\frac{3}{4}$	3208	11	3208	11

Breslau, 14. März. (Gasbeleuchtung). Wir hatten vor einiger Zeit mitgetheilt, daß in der Stadtverordneten-Versammlung der von der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft dem Magistrat übergebene Entwurf zum Contract für die Gasbeleuchtung nicht in allen Punkten Zustimmung fand, vielmehr Abänderungen gewünscht wurden. Die Gasbeleuchtungs-Compagnie hat aber einen ganz neuen Entwurf eingereicht, der ganz andere Bedingungen stellt; früher war es unter Anderem Bedingung, daß der Commissionsrath Blochmann in Dresden als Theilnehmer der Compagnie unterzeichnen solle. Der jetzige Entwurf sagt, daß Blochmann vermöge seiner Stellung in Dresden nur als Techniker die Leitung der Arbeiten übernehmen könne. Bei dem Vortrage dieses neuen Entwurfs, welchen der Vorstand und mehrere andere Stadtverordnete geprüft hatten, wurde die Vorfrage gestellt, ob die Versammlung auf diesen Punct eingehen wolle? Nachdem die Sache ventilirt und besonders hervorgehoben war, daß Blochmann, auch wenn er den Contract nicht unterschriebe, jedenfalls, sobald er sich zur Uebernahme der Leitung der technischen Arbeiten verpflichte, seine Aufgabe erfüllen würde, nahm die Versammlung den §. des Entwurfs an. Es wurden die einzelnen Punkte vorgelesen, commentirt durch den Commissions-Bericht und dann jedesmal, wo in dem neuen Entwurf eine Abweichung gegen den frühern stattfand, abgestimmt. Von den 24 §. des Entwurfs sind die Meisten angenommen oder doch nur mit solchen Zusätzen oder Abänderungen versehen worden, daß sie wahrscheinlich kein Hinderniß für den Anschluß des Contractes geben werden. Auf die von zwei andern Gascompagnien eingesendeten Anträge ist die Versammlung in der Voraussicht eines Contract-Abschlusses der hiesigen Gascompagnie bis jetzt nicht eingegangen.

In derselben Sitzung wurde von einem Mitgliede der Versammlung der Antrag gestellt, dem Curatorium der Fortbildungs-Anstalt für Handwerksgesellen zur Anschaffung von Gegenständen zum Unterrichtsgebrauch 30 Rtl. zu bewilligen. Die Versammlung genehmigte die Summe. Einen zweiten Antrag, welchem ebenfalls die Versammlung ihre Zustimmung gab, wollen wir, sobald der Magistrat seine Einwilligung und Bestätigung gegeben, mittheilen.

Für die übrigen Vorlagen, mit Ausschluß der gleich zu Anfang der Session vorgetragenen Bürgerrechts-Gesuche, wurde eine Extra-Sitzung auf Montag, den 17ten März, anberaumt.

Tagesgeschichte.

** Breslau, 14. März. — An die hiesige christkatholische Gemeinde erging in diesen Tagen ein Schreiben aus Braunschweig, welches dahin lautet:

„Vor Gott und den Menschen sagen wir uns hiermit von der Glaubensherrschaft des Pabstes zu Rom los und bilden von heute an im Geiste der anliegenden 23 Breslauer Lehr- und Glaubenssätze mit Gottes Hülfe eine selbstständige christ-katholische Gemeinde.

Wir wollen die Constituirung derselben, falls eine hohe Herzogliche Landes-Regierung hierzu die Genehmigung ertheilt, durch einen gemeinschaftlichen Genuß des heiligen Abendmahls in einer der hiesigen protestantischen Kirchen feiern und in diesen die Befriedigung unserer religiösen Bedürfnisse so lange suchen, bis durch ein zu erwartendes allgemein christ-katholisches Concilium die Verfassung unserer Kirche geordnet sein wird.

Braunschweig, den 7. März 1845.

Vor einer Versammlung von über 500 Männern aller Confessionen hiesiger Stadt von 51 Glaubensgenossen unterschrieben.

Die Deputirten." (Folgen die Unterschriften.)

Ferner erhielt Herr Pfarrer Ronge vor einigen Tagen eine Adresse aus Thiengen bei Waldshut im Großh. Baden, welche mit den Worten schließt:

„Wie ganz Deutschland, so sehen auch wir auf Sie,

Streiter für Licht und Wahrheit. Fahren Sie so fort, wackerer deutscher Mann im Kampfe, dann wird von Tag zu Tag Ihr begonnenes Werk wachsen und blühen und der Segen des Himmels wird Ihnen und unserem theuren Vaterlande gewiß sein. Wir bitten Sie unseren Gruß und Kuß freundlich anzunehmen und uns Ihre Liebe zuzuwenden."

(Folgen die Unterschriften.)

Auch erhielt Herr Joh. Ronge einen von drei Damen unterschriebenen, sehr gemüthvoll abgefaßten Brief aus Dietz in Nassau, welcher mit einem Lorbeerkranze begleitet war.

△ Gegen vierhundert Hallenser, Professoren der Universität, Lehrer, Studenten, höhere und niedere Beamte, Offiziere, Kaufleute, Bürger, an ihrer Spitze Dr. H. Niemeyer, Director der Franke'schen Stiftungen, haben ein Circularschreiben an sämmtliche freie katholische Gemeinden und Katholiken Deutschlands erlassen, welches als ein Actenstück der Zeit allgemeine Verbreitung verdient. Es lautet:

Theure Brüder!

Nicht Einzelne unter Euch wollen wir begrüßen, sondern Euch Alle, die Ihr öffentlich zusammengetreten seid zu einer allgemeinen christlichen Kirche! Der freie evangelische Geist unserer Zeit hat auch Euch mächtig ergriffen! Darum habt Ihr das Band zerrissen, welches Euch bis dahin mit Rom zusammenhielt und habt alle Formen, welche der Vergangenheit angehören, dieser zurückgegeben. Ihr seid damit in das frische Leben der Gegenwart hineingetreten, Ihr habt die Heiligkeit der alten Kirche hinter Euch gelassen und wollt Euer Christenthum bewähren durch die freie That der Liebe, welche allein des Gesetzes Erfüllung ist. Wie sollten wir da nicht, von Eurem Thun mitbewegt, zu freudigen Hoffnungen für die Zukunft erfüllt werden! Ja, wir begleiten Euch nicht allein mit bald sorgender, bald triumphirender Theilnahme, wir sind nicht allein geistig mit Euch verbunden in diesem Kampfe, wir **hoffen** auf Euch und blicken auf diese kleine kaum noch gestaltete Gemeinschaft hin, als auf den bedeutungsvollen Anfang einer neuen Zeit, einer großen Bewegung, welche in ihren Schwingungen auch unsere protestantische Kirche mitberühren wird. Wir billigen es, daß Ihr nicht zu ihr hinübergetreten seid und zu den Symbolen, welche äußerlich noch immer als ihre Grundlage und ihr Bekenntniß gelten, daß Ihr vielmehr den ersten, ursprünglichen Drang der Reformation wieder aufgenommen habt, welcher von dem frischen Leben des Volkes getragen wurde.

Wir freuen uns nicht allein um Euretwillen, daß Ihr die langen Umwege gemieden, auf welchen wir Jahrhunderte umhergeirrt, sondern auch um Unsertwillen, daß Ihr uns den Anstoß geben werdet zu rascherem Fortschreiten. Denn Ihr wißt es wohl, daß auch in unserer Kirche die Gegensätze hart mit einander kämpfen, daß ein Theil von uns die Reformation weiter bilden will, der andere sie erhalten auf dem Standpunkte des Altprotestantismus. Und wie sehr diese letztere Partei zu dem alten Katholicismus hinneigt, hat sie oft genug bezeugt, ja sie hat sich nicht gescheut, gegen Euch laut und offen Partei zu ergreifen, und hat selbst den Aberglauben des Reliquiendienstes für eine liebenswürdige Schwäche erklärt. So fühlen denn auch wir uns getrieben, unsere Sympathien eben so offen auszusprechen wie Jene, indem wir Euch als Brüder und Kampfgenossen begrüßen, wenn wir auch noch nicht äußerlich mit Euch verbunden sind, nicht mit denselben Feinden kämpfen und dieselben Siege feiern. Aber wenn jemals seit jener großen Trennung der beiden Kirchen die Hoffnung auf Wiedervereinigung einen verständigen Sinn hatte, so gewiß in dieser unserer Zeit, in welcher sich die Gegensätze so rein sondern und die gleichartigen Massen so stark anziehen. Die Zeit der Dämmerung ist vorüber, es bedarf nur offenen Hervortretens und ausdauernder Kraft, um das, was wir Alle wissen und wollen, in die Wirklichkeit einzuführen. Wir vertrauen Euch, daß Ihr bei aller Selbstständigkeit der Entwickelung im Einzelnen, festhalten werdet an der Einigkeit in der Freiheit.

Halle, am 25. Februar 1845.

** Breslau, 14. März. — Man hat Ronge vorgeworfen, daß er in seinem Briefe an den Bischof Arnoldi die Wallfahrten zu heftig angegriffen und nicht berücksichtigt habe, daß sie ein wichtiges Beförderungsmittel der Andacht seien. Es ist bekannt, daß der größte Theil dieser religiösen Wanderer aus der ärmsten Klasse des Volkes besteht, und daß stets viele Frauenzimmer sich unter ihnen befinden. Wir theilen darüber das Schreiben eines Correspondenten der Elberfelder Zeitung mit. „Ich hatte Gelegenheit, im vorigen Sommer die Wallfahrten aus Köln und Düsseldorf bei ihrer Hin- und Zurückreise zu sehen. Der Anblick bei der Zurückkunft von Kevelaer war nicht auszustehen und ich hätte den kühnsten Verfechter der Wallfahrten sehen mögen, der die Stirne gehabt hätte zu behaupten, daß zwischen dieser Volksandacht und der Gottesverehrung nur die entfernteste Relation stattfinden könne. Aber weinen hätte ich mögen, da ich vor ein paar Wochen eine Prozession Wallfahrter vorbeiziehen sah. „Wer mögen die sein, und woher mögen sie kommen?' riefen die erstaunten Einwohner, bei denen ich mich befand. Die Bedauerungswürdigen waren schon einige Stunden auf ihrer Reise einem anhaltenden Regenguß ausgesetzt gewesen. Eine Kreuzfahne an der Spitze, worauf eine große Schaar Weibspersonen von jedem Alter folgte, die einen Anblick gewährten, der eben so traurig als häßlich war! Diese sehr kümmerlich bekleideten Leute hatten einen Theil ihrer vom Regen triefenden Röcke um den Hals befestigt, wodurch sich dann Unterkleider und mitunter eine Blöße zeigte, die jedes menschliche Gefühl empörte. Acht Tage lang brauchten diese Menschen zur Verrichtung dieser Wallfahrt! Und woher kamen sie? Aus der Herrschaft Gimborn im Schwarzenburgischen an der Grenze des Bergischen und Märkischen. Diese Katholiken wohnen unter Protestanten, die die Mehrzahl ausmachen, wozu auch ihr jetziger Landesherr gehört. Ein Geistlicher führte diese zahlreiche Prozession an. Welche Betrachtungen dringen sich hier nicht dem Freunde der Religion ans Herz, er mag von einer Kirchenparthei sein, von welcher er will! Hausväter und Hausmütter, deren Aeußeres Armuth verrieth, verließen acht Tage lang Haus und Hof, ihr Gewerbe, um sich den Ablaß zu holen, den sie eben so gut in der Nähe hatten! Sehr charakteristisch war es, daß diese Fremdlinge, die selbst vom Regen träuften, ein paar Franzosen zwingen wollten, ihre Hüte abzuthun. Quelle betise! sagten diese." Einen nicht minder jämmerlichen Anblick gewährte mir vor einigen Tagen eine Prozession, die aus der Gegend von Bonn, 1200 Köpfe stark, auf ihrer Hin- und Zurückreise auch 8 Tage zubrachte. Mehr als zwei Drittheile waren Frauensleute. Die äußerste Armuth dieser Leute war durchgängig sichtbar, aber ein Umstand verdient dabei bemerkt zu werden. Bei diesen Wahlfahrten befand sich auch kein einziger Geistlicher. Wenn es diesen 1200 Pilgern auch nur zwei Thaler einem Jeden an Zehrung gekostet hat, was hätten sie ihren unglücklichen Nachbarn an der Ahr mit 2400 Thalern nützen können?"

---

† Breslau, 14. März. — In der gestrigen Zeitung haben wir mitgetheilt, in welcher Art ein Arbeiter beim Abladen von Eisen auf dem Oberschlesischen Bahnhofe verunglückt ist. Derselbe ist bereits todt in das Kloster der Barmherzigen Brüder eingebracht worden.

Vor ungefähr zwei Monaten wurde hierorts ein bedeutender gewaltsamer Diebstahl verübt, dessen wir damals in den Zeitungen Erwähnung gethan haben. Es war bisher noch nicht gelungen, die Thäter zu ermitteln. Vor einigen Tagen wurde jedoch eine Betrügerei zur Kenntniß der Polizei gebracht, welche beim Verkauf einer Uhr stattgefunden hatte. Bei der Untersuchung ergab sich, daß diese Uhr damals bei jenem Diebstah mit entwendet worden war, und der Hehler bei diesem Diebstahl so wie die Thäter wurden dadnrch ermittelt. Hätten dieselben sich mit dem geraubten Gut begnügt und nicht auch noch den zweiten Betrug versucht, so würde der Diebstahl wahrscheinlich um so eher unentdeckt geblieben sein, als der Käufer der gestohlenen Ge- Gegenstände bisher noch nie beansprucht, allgemein für einen ehrlichen Mann gehalten wurde.

Vor einigen Tagen fand sich bei einem Kaufmann in Auras ein angeblicher Viehhändler ein, und machte ersterem den Vorschlag, Mastvieh zu kaufen. Dies geschah; der Kaufmann erkaufte 7 Stück Mastochsen und ließ dieselben durch den Vermittler bis hierher befördern, um dieselben in Empfang zu nehmen. Als dieser jedoch hier eingetroffen war, verkaufte er die Ochsen anderweit an einen hiesigen Branntweinbrenner, ließ sich 138 Thlr. im Voraus bezahlen, ehe die Ablieferung erfolgte, und machte sich mit dem erhaltenen Gelde auf und davon. Es ist bisher nicht gelungen, seiner habhaft zu werden.

Am 12. d. M. wurde hierselbst mittelst Taschendiebstahls eine seidene Brieftasche mit 9 Rthlr. in Kassen-Anweisungen und 400 Guldenscheine á 5 Gulden gestohlen.

Seit längerer Zeit sind hieselbst eine Menge Bodenkammern erbrochen und die darin befindlichen Gegenstände gestohlen worden. Es ist in der letzten Zeit gelungen, einen derartigen Dieb zu ermitteln und acht solcher Diebstähle zu überführen. Der Thäter, ein junger Mensch, war hierzu von einem alten ausgelernten Diebe förmlich gedungen, und mit den nöthigen Instruktionen und Diebeswerkzeugen, so wie mit Cigarren versehen worden, um durch deren Ausbieten zum Verkauf einen Vorwand zum Eindringen in fremde Häuser und gleichzeitig bei etwanigem Anhalten und Befragen eine Entschuldigung für sich zu haben.

---

† Breslau, 14. März. — Mit Ausschluß des Schlosses, des Gesindehauses, eines Kuh- und Pferdestalles und einer Scheuer, sind sämmtliche übrige Wirthschaftsgebäude des Domainen-Amtes Nimkau und die Oberförsterei gestern abgebrannt. Dabei sind leider zwei Kinder, sowie 12 Fohlen, 1 Ackerpferd, 3 Zugochsen, 2 Kühe u. 36 St. Schwarzvieh in den Flammen umgekommen.

Neisse, 10. März. — Heute Morgen gegen 2 Uhr entstand auf der Wilhelmsstraße in dem Hause des Schuhmacher-Aeltesten Hrn. Schneider ein sehr heftiges Feuer, das nicht allein dieses, sondern auch die gegenüberstehenden Häuser, den blauen Adler und des Rosarienkrämers Hrn. Rother in Asche legte.

Brieg, 13. März. — In der hierselbst des nächsten in Betrieb kommenden Cigarrenfabrik vor dem Mollwitzerthore werden wie es heißt an 200 Arbeiter beschäftigt werden. Da nun die Arbeiten an der Neisser Eisenbahn zweifelsohne auch bald beginnen werden, so sind unserer Arbeiterklasse für dies Jahr recht günstige Aussichten eröffnet. Von den Vorfällen bei dem neulichen Schneesturme erzählt man sich unglaublich klingende Thatsachen. So ist eine Familie, die wegen eines Defekts am Schlitten im Freien kurze Zeit anhielt, so verschneit, daß sie sich nur schwer aus dem bis fast an die Achseln reichenden Schnee herausarbeiten konnte, und ein hiesiger Bürger mußte das Pferd ausspannen und damit ein Obdach zu erreichen suchen; sein Schlitten aber war während dessen so mit Schnee verdeckt, daß er kaum aufgefunden werden konnte. — Vor einigen Wochen brachte der Eisenbahnzug in einem Thierwagen einen Ochsen mit, und es wurde bei dieser Gelegenheit besprochen, daß im Ganzen die Viehtransporte auf unsern Eisenbahnen selten seien. Darauf behaupteten Viele, die Fleischer glaubten, es sei diese Transportart dem Vieh nicht zuträglich. — Je mehr diese Meinung auf einem Irrthum zu beruhen scheint, desto mehr sollte die Direktion zu ihrem und des Publikums Vortheil diesen Irrthum zu widerlegen suchen. (Sammler.)

Aus dem Rosenberger Kreise am 10. März. — Gestern ist der Schlosser L. aus L. wieder Mitglied der evangelischen Kirche geworden. Sein Rücktritt zu seiner früheren Confession ist auf Befehl des Hochwürdigen Consistorii in Breslau dadurch geschehen, daß L........ bei seinem betreffenden Geistlichen protokollarisch erklärt hat, sein Uebertritt zur katholischen Kirche sei aus Uebereilung, resp. im Stande der Trunkenheit geschehen, er bereue dies aufrichtig und wolle fortan, wie früher, der evangelischen Kirche angehören. In Folge dieser Erklärung wird derselbe zum Genuß des Abendmahls zugelassen werden, nachdem ihm noch eine ernstliche Ermahnung von Seiten des Geistlichen geworden ist. — Die Sache wird amtlich noch weiter verfolgt werden, und hoffe ich, später das Endresultat derselben mittheilen zu können.

(Sammler.)

♃ Vom Eulengebirge, 8. März. — Weiten Anklang hat der von der neuen zu Breslau sich bildenden katholischen Gemeinde aufgestellte Grundsatz, daß die Stolgebühren aufgehoben sein sollen, auch unter der protestantischen Bevölkerung gefunden, wo in vielen Gemeinden die Seelsorger bei einem geringen fixirten Einkommen meist auf die zufälligen Einnahmen angewiesen sind. Das Drückende dieser Gebühren für den Einzelnen wird in vielen Fällen, z. B. bei dem Begräbniß eines armen Familienvaters, recht ersichtlich und dürfte nicht geeignet sein, das Ansehen der Kirche, welche den armen Wittwen und den Waisen oft nicht als trostspendend, sondern zu Tribut verpflichtend, erscheint, zu heben. Wir fanden es an der Zeit, daß bereits bei dem siebenten Landtage unserer Provinz ein Deputirter der Städte auf eine Revidirung der Stolätaxordnung als eine zeitgemäße Reform hinwies. Unseren Synodalen lag jene Frage ebenfalls zur Begutachtung vor. Ueber die in jener dieser Beziehung gepflogene Berathung habe ich aus einer authentischen Quelle vernommen, ein Mitglied der Versammlung habe eine gelehrte verständige Abhandlung in einer der Sitzungen vorgetragen; viele der Synodalen haben aber so unverhohlen ihre Mißbilligung darüber zu erkennen gegeben, daß der Redner seinen Vortrag abzubrechen sich genöthigt sah. — Daß die Reform, hervorgegangen aus dem Schooß der römisch-katholischen Kirche, von den Freunden des Fortschrittes mit Jubel begrüßt, unter den katholischen Priestern die lebhafteste Streitsucht erregen würde, war vorauszusehen; denn die Reform, der bleibende Nerv der Zeit, der den Stabilismus negirt, kann den Anhängern des Alten nicht zusagen; daß aber die angeregte Bewegung unter der Geistlichkeit der Protestanten, die die Freiheit in Entwickelung des christlichen Lehrbegriffs zum Panier tragen, viele Gegner gefunden hat, darf uns nicht befremden, die wir wissen, welchen Standpunkt die Orthodoxie in unseren Tagen einnimmt, und wie viele Verhältnisse des kirchlichen und religiösen Lebens auch bei uns einer Umbildung harren. Was wird aber der Freund der Aufklärung dazu sagen, wenn an heili-

ger Stätte die Männer, die als Träger der Reform anzusehen sind, mit Schneidern verglichen werden, die der Kirche ein neues Gewand anzuziehen sich unterfangen?

** Hirschberger Thal, 11. März. — Nachdem die Gemeinde Stonsdorf am 2. März aus dem Hirschberger Kirchenverbande entlassen worden war, holte sie am vorigen Freitage ihren ersten eigenen Prediger ein, der am letzten Sonntage durch den Königl. Superintendentur-Verweser Herrn Archidiakonus Jäkel aus Hirschberg in sein Amt einzewiesen worden ist. Heut ist Schulvisitation daselbst. Man wird nun wohl sofort zur Besetzung der ebenfalls offenen Hauptlehrerstelle daselbst schreiten. Zwar wirkt seit mehreren Jahren ein junger Mann an der Schule, der nach dem Urtheil der Sachkundigen und es mit der Schule Wohlmeinenden nicht nur seiner Stellung nach die ersten Ansprüche auf die Stelle hat, sondern dieselbe auch seiner Tüchtigkeit und Führung wegen verdient; allein man erzählt sich, daß seine erste Anstellung *deshalb fraglich* sei, weil er nicht „*gläubig*" genug sein soll. Der Glaube scheint jetzt nicht nur die erste, sondern die *einzige* Bedingung bei derartigen Anstellungen zu werden. Man muß sich wundern, daß es unter diesen Umständen immer noch an geeigneten Kandidaten fehlt, da das Glauben, wenn ich mir ein Urtheil darüber erlaube, viel leichter als das *Denken* zu sein scheint. Gewöhnlichen Menschen, wie ich einer bin, fällt es auf, wie man über die Gläubigkeit als unser innerstes Wesen so mir nichts, dir nichts urtheilen kann. — Wie ich so eben vernehme, soll nun endlich der mehr denn dreijährige Prediger-Wahlkampf in Warmbrunn dadurch zu einem Ende gelangt sein, daß jeder der beiden einander widerstrebenden Parteien ihren Kandidaten aufgegeben, und man beschlossen, *den* aus dem Triumvirat zu wählen, der die *wenigsten* Stimmen hat, und der bisher neutral zwischen den Parteien stand. Ob dadurch die Kirchgemeinde befriedigt werden wird, muß erwartet werden; einstweilen wird dieser Schritt nur als das einzige Auskunftsmittel betrachtet werden müssen, endlich einmal die Sache zum Schluß zu führen. — Das Verbot des „*Vereins für gemeinnützige Zwecke*" in Hirschberg hat eine Unzahl von Gerüchten in Umlauf gesetzt. Bis jetzt ist dies Begebniß fast der einzige Gegenstand der Unterhaltung in allen öffentlichen und privaten Kreisen; aber noch ist es zweifelhaft, ob die Maßregel, die allerdings von Einzelnen mit fast unklugem Jubel aufgenommen worden ist, zu der indeß Andere keinen zureichenden Grund finden wollen, eine etwa vorhanden gewesene Unzufriedenheit beschwichtigen wird.

---

* *Hirschberg.* In No. 52. der Schlesischen Zeitung befindet sich eine Mittheilung aus Hirschberg über das englische Salz und über Einrichtungen der hiesigen Salzniederlage. Was die, in jenem Aufsatz genugsam geschilderte Qualität des englischen Salzes anbelangt so ist dieselbe leider völlig begründet, denn wer nur irgend einen Anspruch auf einen reinlichen Zustand der zu genießenden Gegenstände macht, bei dem muß freilich ein Widerwille gegen den Genuß dieses Salzes erregt werden. In Säcken, welche bei warmer Witterung von Feuchtigkeit triefen, bei der jetzigen Kälte aber steinhart gefroren sind, lagert das englische Salz auf der hiesigen Niederlage, und bildet einen grellen Contrast gegen das schöne, weiße, reinliche, zum Genuß einladende preußische Salz, welches früher in hiesiger Niederlage zu haben war. Die Consumenten würden das preußische Salz selbst zu einem höheren Preise, als der jetzt stattfindende, gern bezahlen, wenn es nur zu haben wäre; die Niederlage ist aber außer Stande, preußisches Salz zu liefern, da ihr von Maltsch aus nur englisches Salz zum Debit zugesandt wird. Die so wohlthätige Ermäßigung des Salzpreises geht uns demnach theilweise verloren, da die Qualität des englischen Salzes geringer ist als die des preußischen, welches früher ununterbrochen zu haben war. Die Mängel des englischen Salzes bestehen hauptsächlich darin, daß es ein graues, mitunter schmuziges Ansehn hat, hauptsächlich aber bedeutend mehr natürliche Feuchtigkeit enthält, als das preußische, weshalb ein gleiches Gewichtsquantum englisches Salz gegen eben so viel preußisches, einen geringern Salzgehalt liefert. Die häufigen Klagen, das englische Salz salze nicht so gut, als das preußische, haben ihren Grund darin, weil das englische Salz weit schwerer auflösbar, und daher zu manchen Zwecken als z. B. zur Verwendung beim Buttern nicht gut anwendbar ist, da die Salztheile, welche sich der Butter mittheilen sollen, sich nicht so leicht auflösen, und natürlich beim Auswaschen der Butter verloren gehen, wodurch eine größere Quantität Salz erforderlich wird, und wodurch sich der Preis von selbst erhöht. Der arme Mann, welcher seine Kartoffeln ohne Butter genießen, und dieselben nur mit Salz verzehren muß, ist dabei noch übler daran, indem derselbe, vermöge der langsamen Auflösung des englischen Salzes, eine größere Quantität bedarf, was ihm natürlich eine größere Ausgabe verursacht. Deshalb wäre es wohl zu wünschen, wenn namentlich die hiesige Niederlage, welche größtentheils unsere armen Weberdörfer mit Salz versorgen muß, recht bald wieder preußisches Salz darbieten könnte. Allerdings drängt sich die Frage auf, woher kommt es, daß früher bei dem Preis von 15 Rthl. pro Tonne kein englisches Salz in der hiesigen Niederlage verkauft wurde, und erst seit Ermäßigung des Preises auf 12 Rthl. pro Tonne dem Publikum verabreicht wird? Der Grund möchte wohl darin zu finden sein, daß die Herabsetzung des Salzpreises das Ausland veranlaßt, preußisches Salz zu kaufen, und die preußischen Salinen vermögen den gesteigerten Bedarf nicht zu befriedigen, weshalb englisches Salz eingeführt werden muß. Was die, in dem erwähnten Referat angegebenen Einrichtungen der hiesigen Salzniederlage anbetrifft, so sind dieselben unwahr. Das englische Salz kommt in plombirten Säcken hier an, und wird ebenso wieder ausgegeben. Es soll nur noch eine geringe Quantität preußisches Salz hier lagern, welches aber keineswegs vorzugsweise den Dominialbesitzern verabfolgt wird, sondern es wird im Detail-Verkauf debitirt, so lange der geringe Vorrath ausreicht. Es ist, wie Referent verbürgen kann, dem Faktor der hiesigen Niederlage ein Avance von 1 Rthlr. für die Tonne preußisches Salz geboten worden, was derselbe jedoch auf das Bestimmteste zurückgewiesen hat, und sonach findet eine Bevorzugung selbst bei gebotenem höheren Preise nicht statt. Wir haben die zuversichtliche Hoffnung, es werden die hohen Behörden diesen wichtigen Gegenstand einer sorgfältigen Prüfung unterwerfen, und unsere Niederlage gewiß recht bald mit vaterländischem Salze versorgen. ***

Wagen- und Wege-Polizei.

Wir haben in unserm Lande noch Wege — ja sogar noch Straßen — wo im Frühjahre und Herbste (bei nassem Wetter auch im Sommer), alle Spur verschwindet, wenigstens ist es zeither unsrer schmalen Spur oft genug so gegangen. Da müssen wir es denn einmal mit der breiten versuchen. Hartköpfe meinen, es werde damit auch nicht besser gehen. Die Sache wird schon gut werden, wenn sie nur wird durchgeführt sein. Vorläufig hat sie schon etwas Gutes herbeigebracht, was es ist, darum möge man die Wagenbauer, Schmiede und Stellmacher fragen. — Mir ist schon eingefallen, ob man nicht diese Leute zu einer Extra-Abgabe hätte anziehen können, um aus dem dadurch entstandenen Fond ein Wagen-Lazareth zu errichten, weil es in kurzer Zeit der Kranken und Gebrechlichen eine Unzahl geben wird. „Grün gemacht und krumm gedorrt," sagt ein Bauern-Sprichwort. Vor einiger Zeit war ich in Oberschlesien und sah die Wochen-Märkte von Ratibor und Gleiwitz. Da gab es ein Drängen, Schreien und Lärmen, wie zu den Zeiten, wo wir die Kosaken im Lande hatten. Und was war die Ursach? Die Gassen waren noch schmalspurig, und die Wagen breitspurig, und das ging nicht gut zusammen, so sehr auch Gensd'armen und Polizei-Diener daran rückten, und mancher mit tausend von Schock-Schwernoth dazwischenfuhr. Doch es geht am Ende alles, wenn es nur sein muß. Erzählte doch einst ein Russe, bei ihnen wären die Gänse so groß, wie bei uns die Kühe, und als man ihn fragte, wie groß da die Körbe wären, in denen man sie mästet, und er darauf antwortete, nicht größer wie bei uns, so gab er, als man ihm bemerkte, wie denn da eine Gans hineingehen könnte, ganz naiv zur Antwort: *sie muß*. Und beinah eben so, aber doch etwas ähnlich ist es mit den breitspurigen Wagen, wenn sie jetzt in die Schneewehen gerathen, durch welche auf den Straßen Bahn gestochen ist. Diese ist gewöhnlich so eng, daß kaum ein schmalspuriger Wagen durchkommt, der Breite muß aber durch. Wir könnten Kreise anführen, wo viele solche Schluchten sind, und wo man dennoch, sobald man noch mit schmaler Spur fährt, Strafe zahlen muß. Der Eifer unsrer Kreisverwaltungen ist zu loben, wenn er auch nur auf die Strafgelder gehen sollte. Hat doch sogar ein Landrath in Oberschlesien diesen so weit getrieben, daß er mit eigener Hand schmale Axen hat durchsägen helfen. — Es ist jedenfalls ein fades Raisonnement, wenn man sagt, es würde die breite Spur von selbst allgemein werden, wenn man jedem Wagenbauer bei strenger Strafe verböte, noch einen schmalspurigen Wagen zu bauen; und zuletzt werden die schmalen sich schon von selbst zurückziehen, weil sie das Fahren im breiten Gleise satt kriegen werden. Begreift man denn nicht, daß es da besser ist, wo man es *breit* gehen lassen *muß*, als da wo man es *schmal* gehen lassen *will*.

E.

Literatur.

„Folianten bilden Gelehrte, Broschüren Menschen," sagte ein Schriftsteller des vorigen Jahrhunderts. Er würde sich freuen, wenn er bemerkte, wie auf den geistigen Schlachtfeldern das Kleingewehrfeuer der Broschüren die Herrschaft übt. Fast vergeht kein Tag, an dem nicht eine derselben von einer der Tagesfragen auf den Büchermarkt gesandt wird. Eine recht interessante haben wir heut anzuzeigen. Wem wäre nicht noch die Predigt des Domherrn Förster: „Der Feind kommt, wenn die Leute schlafen" erinnerlich? Wer wüßte nicht, wie viel und was dafür und dagegen geschrieben worden ist. So eben ist nun bei H. Lucas in Hirschberg erschienen:

„Der Feind kam, da die Leute schliefen. Eine Predigt, Herrn Domherrn Förster und allen katholischen Priestern zur Beherzigung. Von einem römisch-katholischen Laien. Mit dem Motto: „Gehe hin und zeige dich den Priestern!", Matth. 8, 4.

Zum richtigen Verständniß dieser obgleich nur 18 Seiten starken, aber dessen ungeachtet sehr wichtige-

Schrift ist nöthig zu wissen, daß sie die Antwort der katholischen Laien auf die von Förster an sie gerichteten Ansprache ist. Sie lehnt sich daher streng an die Förstersche Predigt an, und ist ohne Kenntniß derselben an sich zwar verständlich, allein der Zweck, welcher sie ins Dasein gerufen, wird erst durch die Förstersche Predigt erklärt. In dieser wendet sich ein Priester an die katholischen Laien und macht sie auf die Gefahren und Zustände der Gegenwart aufmerksam; dort spricht ein römisch-katholischer Laie zum Hrn. Domherrn Förster und allen andern kathol. Priestern. Interessant ist es jedenfalls, zu sehen, wie hier wichtige Fragen auf katholischem Grund und Boden verhandelt werden, und wie der katholische Laie dem Domherrn Förster Schritt für Schritt in dessen Predigt folgt und jedes ihrer Argumente mit den Principien der katholischen Kirche, oder richtiger der Hierarchie, bekämpft. Der Text zur Laienpredigt ist Jes. 29, 9—14. Herr Domherr Förster hat behauptet, daß die Leute schlafen. Die kathol. Laienpredigt fragt, ob sie, die Laien, schuldig seien an ihrem Schlaf; es sei ihnen von Jugend auf in Schule und Kirche gelehret worden, ihren Führern zu folgen, weil diese über ihre Seelen wachten, und ihnen würde es nicht ziemen, den Hirten zu erinnern, die Heerden zu verwahren. „Wir," heißt es, „haben geschlafen, wie man uns gelehret, wir sind erwacht, als man uns gerufen. Wehe, jammern unsere Priester uns entgegen, der Feind ist mitten unter uns. Aber, wie ist das möglich? Wachten denn nicht unsre Wächter? Standen denn unsere tausendjährigen Mauern und Wälle nicht mehr? Welche waren denn die Schlafenden? Ich will es Euch sagen: Die waren es, die uns bewachen sollen." — Daraus wollen die Leser den Geist der Laienpredigt erkennen. Der kathol. Laie antwortet im Namen aller seiner kathol. Mitlaien auf die ihnen gemachten Vorwürfe, jede der gegen sie ausgesprochenen Anklagen denen zurückgebend, von welchen sie ausging. Sollte diese Predigt auch gerade nicht so viel Auflagen erleben, als die Domherr Förster'sche, so wird sie sich wahrscheinlich einer eben so großen Verbreitung zu erfreuen haben. Jedenfalls ist es ein Zeichen der Zeit, wenn die kathol. Laien solche Predigten halten.

Abfertigung.

Obwohl zwei angeblich von den hiesigen Webern und dem Dorfgericht ausgegangene Inserate in der zweiten Beilage zu No. 52. dieser Zeitung mich nahe genug berühren, so würde ich für meine Person dieselben doch ganz ohne alle Berücksichtigung gelassen haben, denn die Thatsachen, welche zur Unterstützung meiner redlichen Bestrebungen sprechen, liegen zu deutlich und öffentlich vor, als daß ich Ursache haben könnte, auf jeden kleinen Angriff einzugehen. Nachdem aber von mehreren Seiten Briefe an mich gelangten, in denen von einer „undankbaren Volksklasse" und dergleichen gesprochen wird; nachdem eine Menge hiesiger Weber zu mir gekommen sind, um mir die Bitte vorzulegen: ich möchte doch eine Abwehr jener angeblich in ihrem Namen abgegebenen Erklärung veröffentlichen, stehe ich nicht an, ein paar Worte der Erläuterung ergehen zu lassen.

Es besteht hierorts keine Art Verband unter den Webern; was schon darum nicht wohl anzunehmen ist, weil von den hier beschäftigten etwa 250 Webestühlen, ohngefähr die Hälfte für die Herren Kramsta arbeitet, während die Andern theils für Herrn E. Triepcke, für die Herren Alberti, oder für eigne und andere Rechnung im Gange sind. Folglich giebt es keine Personen, die berechtigt wären: im Namen Aller Erklärungen abzugeben. Da nun ferner seit jener Zeit, wo Herr Polizei-Director Dunker mich mit seinem Besuche heimsuchte, keine Art Weberversammlung hier Statt gefunden, so konnte auch Niemand berechtigt sein, im Namen der Seitendorfer Weber einen Dank oder eine Bitte auszusprechen. Es blieb mithin die damals in Gegenwart des Herrn Polizei-Director Dunker, der sagte: er sei auf besondere Veranlassung unseres hochverehrten Monarchen da, um die Wahrheit in Betreff der Klagen über Noth zu untersuchen, so wie seines Zeugen, des Dr. med. Erhard aus Freiburg abgegebene Erklärung stehen, welche mit dem, was wir unwiderlegbar durch Thatsachen vor Augen haben, ganz übereinstimmt, daß nämlich alle Arbeitslöhne, welche unter gegenwärtigen Umständen gezahlt werden können, kaum zur Fristung des Lebens ausreichen.

Ich habe endlich dieser Tage mit einer großen Anzahl hiesiger Weber zu sprechen Gelegenheit gehabt, und auch nicht ein Einziger von ihnen wußte eine Sylbe von jener, in Aller Namen abgegebenen sogenannten Erwiderung. Keiner unter den hiesigen Webern hat jemals gegen mich ein Wort der Mißbilligung über die Schritte geäußert, welche ich im Interesse der deutschen Leinwandfrage überhaupt gethan; vielmehr war Jeder, mit dem ich zu sprechen Gelegenheit hatte, davon überzeugt, daß ich auf dem richtigen Wege sei. Alle behaupteten: auf der Handgespinnstleinwand und ihrer Geltendmachung beruhe das Wohl der deutschen Spinner und Weber, und Jeder räumte derselben unbedingt den Vorzug vor dem Maschienenerzeugniß ein, was auch schon deutlich aus dem Umstande hervorleuchtet, **daß keiner der vielen Weber meiner Bekanntschaft für sich selbst Gebrauch von der Maschienen-Leinwand macht, obschon Viele dieselbe verfertigen.** Ich kenne im Gegentheil Mehrere, die sich selbst Handgespinnst kaufen, um daraus ihren eigenen Bedarf an Leinwand herzustellen.

Diejenigen, welche also den armen Webern Undankbarkeit, oder Mangel an Erkenntlichkeit zum Vorwurf machen, thun so sehr Unrecht wie Jene, welche dieselben für so äußerst beschränkt darstellen, daß sie ihre eigenen traurigen Umstände nicht begriffen. Ich kenne keinen Weber, der die heutigen Löhne „zufriedenstellend" erklärte. Man sucht sich damit zu fristen und hofft allgemein zu Gott auf bessere Zeiten; das ist die Wahrheit! Wer daran zweifelt, der verdient einmal zur Probe auf die Arbeit und die Einnahme, welche der arme Weber dafür hat, auf einige Zeit gesetzt zu werden; der Glaube würde männiglich schon in die Hand kommen!

Darf ich unter solchen Umständen noch erst versichern, daß Inserate wie die angeführten, mich keineswegs von Verfolgung meines Strebens zum Besten der armen deutschen Flachsspinner und Leinweber abhalten können oder werden? Ich habe schon mehr geopfert, als nur „glatte Worte," und kann unbegründete Vorwürfe wohl mit Stillschweigen hingehen lassen.

Das Publikum scheint nach dem Erwähnten sowohl mit diesem Weberinserate, als auch mit der darauf folgenden Anzeige, die angeblich vom hiesigen Dorfgericht ausgegangen sein soll, mystificirt worden zu sein, denn die unterzeichneten drei Dorfgerichtsmitglieder wissen nur zu wohl aus eigener Erfahrung, was seit drei Jahren in hiesiger Gemeinde weniger an Abgaben bezahlt worden ist als früher, da ihre Einnahme genau um so viel geringer geworden sind. Man kann also schwerlich annehmen, daß sie eine Erklärung, wie die in ihrem Namen erlassene, selbst hätten abgeben sollen.

Die Geschichte mit dem aufgestochenen Bauer Welp beruht auf einem ganz harmlosen Druckfehler. Der im Inserate, das mehrere hiesige Grundbesitzer in Nr. 17 dieser Zeitung einrücken ließen, mitunterschriebene Welp ist Niemand anders, als unser geachteter Gemeindekassen-Rendant Freigutsbesitzer Welz, was unserm Dorfgerichtspersonale zu gut bekannt war, als daß von ihm ein Verdacht auf den pp. Rübezahl hätte geworfen werden können.

Ed. Pelz.

Actien-Course.

Breslau vom 14. März.

Der Umsatz in Actien war recht lebhaft. Die Course blieben im Allgemeinen fest.

Oberschles. Litt A. 4% p. C. 125 Geld. 126 Br. Prior. 103½ Br.
dito Litt. B. 4% p. C. 115½ u. 1¾ bez. u. Gld.
Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% p. C. abgest. 120 bez.
Breslau-Schweidnitz-Freiburger Prior. 102 Br.
Rheinische 4% p. C. 101½ Gld.
Rheinische Prior.-Stamm 4% Zus.-Sch. p. C. 111 u. 110⅝ bez. u. Br
Ost-Rheinische (Köln-Minden) Zus.-Sch. p. C. 111 Br. 110¾ G.
Niederschles.-Märk. Zus.-Sch. p. C. 115 5/12—7/12 bez.
dito Zweigb. (Glog.-Sag.) Zus.-Sch. p. C. 107 Br.
Sächs.-Schles. (Dresd.-Görl.) Zus.-Sch. p. C. 116 1/12 u. 116⅛ bez. u. Br.
Neisse-Brieg Zus.-Sch. p. C. 105¼ u. ½ bez. u. Geld.
Krakau-Oberschles. Zus.-Sch. p. C. 112½ bez. u. Br.
Wilhelmsbahn (Cosel-Oderberg) Zus.-Sch. p. C. 116 Br.
Berlin-Hamburg Zus.-Sch. p. C. 118¾ Gld. 119 Br.
Thüringsche Zus.-Sch. p. C. 114 Br. 113¾ Gld.
Friedrich-Wilhelms-Nordbahn Zus.-Sch. p. C. 103⅛—103 bez. u. Gld.

Berlin, 13. März.

Oberschles. Litt. A. 4% p. C. 126 Gld.
dito Litt. B. 4% p. C. 115 ¾ bez.
Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% p. C. 120 bez.
Rheinische 4% p. C. 101 bez.
Rheinische Priorit. 4% p. C. 111 bez.
Ost-Rheinische (Köln-Minden) p. C. 111 Br.
Niederschles.Märk. p. C. 115½ Gld.
Sächs.-Schl. (Dresd.-Görl.) p. C. 116⅓—117 bez.
Krakau-Oberschl. p. C. 112½ u. ¾ bez.
Wilhelmsbahn (Cosel-Oderberg) p. C. 117½ u. 117 bez.
Berlin-Hamburg p. C. 118¾ Br.
Friedrich-Wilhelms-Nordbahn p. C. 102¾ bez.

Für die christ-katholische Gemeinde zu Breslau sind ferner bei uns eingegangen:

	Rtl.	Sgr.	Pf.
Transport	804 Rtl.	8 Sgr.	11 Pf.
Von B. G. L. Markt Borau	—	15	—
„ Hrn. Handlungs-Commis Franz Leske	1	—	—
„ Fräulein D. D.	1	—	—
„ C. H.	2	—	—
„ Hrn. Rochricht	1	—	—
Durch eine abermalige Sammlung in Jauer: von Hrn. Justiz-Commiss. v. Schwarzbach 3 Rtlr., von Frau Syndikus Ludwig, geb. Arndt, 1 Rtlr., von Hrn. Freigutsbesitzer Jungfer auf Semmelwitz 1 Rtlr., von einem Ungenannten 1 Rtlr.	6	—	—
Summa	815 Rtl.	23 Sgr.	11 Pf.

Für die christ-katholische Gemeinde zu Schneidemühl sind ferner bei uns eingegangen:

	Rtl.	Sgr.	Pf.
Transport	150 Rtl.	17 Sgr.	6 Pf.
Von B. G. L. Markt Borau	—	15	—
Durch eine abermalige Sammlung in Jauer: von Hrn. Justiz-Commiss. v. Schwarzbach 3 Rtlr., von Frau Henriette Hanke, geb. Arndt 1 Rtl., von Hrn. Freigutsbes. Jungfer in Semmelwitz 1 Rthlr., Ungenannt 5 Sgr.	5	5	—
Summa	156 Rtl.	7 Sgr.	6 Pf.

Breslau den 14. März 1845.

Expedition der priv. Schlesischen Zeitung.

Bekanntmachung.

Auf höhere Veranlassung wird hierdurch bekannt gemacht, daß die polizeiliche Verordnung vom 11. October d. J., wonach

der tägliche Markt um 12 Uhr Mittags als beendet angesehen wird und alle diejenigen Verkäufer, welche länger als bis 12 Uhr ihre Wochenmarkt-Artikel feilbieten, als solche betrachtet werden müssen, welche einen stehenden Handel hierselbst betreiben und daher zur Entrichtung der Gewerbesteuer und insofern zum Betriebe des Gewerbes hierselbst das Bürgerrecht erforderlich ist, auch zu dessen Gewinnung verbunden sind,

hinsichtlich der gesetzlichen Folge, welche die Uebertretung dieser Bestimmung nach sich zieht, dahin modificirt wird, daß

diejenigen Verkäufer, welche länger als bis 12 Uhr ihre Wochenmarkt-Artikel feilbieten, nicht als Gewerbesteuer-Contravenienten behandelt und bestraft, sondern als Polizei-Contravenienten in eine Polizeistrafe von 1 bis 5 Rthlrn. werden genommen werden.

Bei der Ausnahme, daß in den letzten drei Tagen vor Weihnachten die Mohnhändler und am grünen Donnerstage die Honighändler an diesen Tagen bis Abend feil haben dürfen, behält es sein Bewenden.

Breslau, den 25. December 1844.

Das Königl. Polizei-Präsidium und der Magistrat.